

ENTWURF

**Freie
Demokraten**

Rheinland-Pfalz **FDP**

Beschlussvorlage zum Kommunalpolitischen Kongress
am 27. Oktober 2018 in Ransbach-Baumbach

FDP-Programm zur Kommunalwahl 2019

Titel des Programms

1

2 **Inhaltsverzeichnis**

3 **Einleitung..... 6**

4 **Weltbeste Bildung für Jeden 9**

5 Von Rheinland – Pfalz aus die Welt entdecken..... 9

6 Die FDP will die Schulen zukunftsfähig machen..... 10

7 Digitalisierung an Schulen 10

8 Schulbuchausleihe 11

9 Unterstützungsangebote für Schulen 12

10 Flexible Bildungsübergänge..... 12

11 Sport in Schulen..... 12

12 Sport in Kindertagesstätten..... 12

13 **Vorrankommen durch eigene Leistungen 13**

14 Lebensraum 13

15 Politik für ländliche Räume 13

16 Politik für mittlere und größere Städte 15

17 Spielräume des Lärmschutzes nutzen 15

18 Behutsames Nachverdichten 15

19 Mittelstand in Rheinland-Pfalz 15

20 Kommunale Wirtschaftspolitik: Mittelstand stärken, Arbeitsplätze sichern 16

21 Mittelstandsklausel auch auf kommunaler Ebene einführen 17

22 Technologieförderung stärken 17

23 Ladenöffnungszeiten liberalisieren 17

24 Dem Fachkräftemangel entgegenwirken 18

25 Unternehmensnachfolge sichern 18

26 Vergabepolitik: Wettbewerb stärken, Einsparpotenziale nutzen 18

27 Privat vor Staat - bestehende gesetzliche Vorgaben nicht weiter aufweichen 18

28 Schnelles Internet überall 19

29 Mobilfunklöcher schließen und schnelles mobiles Internet gewährleisten 19

30 Sensibler Umgang mit Bürgerdaten 19

31 Verkehr 20

32 Moderne Verkehrsinfrastruktur für zukunftsfähige Kommunen..... 20

33	Kommunales Straßennetz erneuern	20
34	Brücken schlagen.....	21
35	Verkehrswende durch Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) unterstützen.....	21
36	ÖPNV im ländlichen Raum sichern.....	22
37	Radverkehr fördern	22
38	Bessere Luft in den Städten.....	22
39	Verkehrslärm richtig bekämpfen.....	23
40	Mobilität 4.0.....	23
41	Neue Konzepte für Alt und Jung.....	23
42	Gleiche Wettbewerbsbedingungen bei Vermietungen.....	24
43	Energetische Quartierskonzepte im Neubau	24
44	Energetische Sanierung in bestehenden Quartieren	24
45	Kommunales Liegenschaftsmanagement mit Vorbildfunktion für private Immobilienbesitzer.....	25
46	Energieeinsparungen im Gebäudebereich.....	25
47	Vielfältige Verantwortungsvolle Gesellschaft	25
48	Wir brauchen die Erfahrung, Vitalität und das Engagement der Senioren.....	26
49	Jugend	27
50	Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit.....	27
51	Wir machen Landwirtschaft und Weinbau zukunftsfähig.....	28
52	Ländliche Räume gestalten	29
53	Umweltschutz durch Innovation und Forschung	29
54	Moderner Umweltschutz nur im Einklang mit der Landwirtschaft.....	30
55	Natur und Stadt	31
56	Denken wir neu in der Umweltpolitik	31
57	Forstwirtschaft	31
58	Hochwasserschutzprogramme fortführen	31
59	Wasserqualität erhalten und verbessern	32
60	Abfallwirtschaft	32
61	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	33
62	Freie Demokraten - die Partei der Bürgerrechte.	33
63	Innere Sicherheit	33
64	Kommunale Ordnungskräfte	33
65	Digitalisierung verändert die Wirtschaftswelt	33
66	Breitbandversorgung ausbauen	34
67	Netzwerke und Cluster fördern.....	34

68	Medizinische Versorgung	34
69	Gesundheit	35
70	Hebammen - fundamentaler Baustein und kommunaler Standortfaktor	35
71	Sport hat Verfassungsrang	36
72	Demographischer Wandel.....	36
73	Sport in Naturräumen / öffentliche Bolzplätze / Kinderspielplätze	36
74	Freiheit und Menschenrechte weltweit.....	37
75	Starke Kommunen in einem starken Europa.....	37
76	Europa reformieren.....	37
77	Die Rolle der Kommunen stärken.	37
78	Europäische kommunale Netzwerke weiterentwickeln.....	37
79	Europakompetenz in Rat und Verwaltung	38
80	Regionalpolitik zukunftsgerecht weiterentwickeln.....	38
81	Freiheit und Menschenrechte weltweit.....	38
82	Truppenstandorte sind ein wichtiger Faktor für die Region	39
83	Interkommunale Zusammenarbeit	39
84	Strategische Ausrichtung des Tourismus als harter Wirtschaftsfaktor	40
85	Tourismus-Wachstum durch ganzheitliches Regionalmarketing.....	40
86	Stärkung des Gastgewerbes als Säule des Tourismus.....	41
87	Gesellschaftliche Vielfalt und Mitmacher	41
88	Chancen für alle und mehr Selbstbestimmung ermöglichen.....	42
89	Kommunen bilden das Rückgrat der Integrationsarbeit.....	42
90	Politik, die rechnen kann	43
91	Verschuldung der Kommunen senken	43
92	Kommunaler Entschuldungsfonds (KEF) Rheinland-Pfalz anpassen	43
93	Kassenkredite	43
94	Kommunale Haushalte sanieren	44
95	Kommunale Schuldenbremse	44
96	Moderne Verwaltung	45
97	Kommunale Einnahmen / Steuerbelastungen / Fonds Deutsche Einheit	45
98	Verbesserung der kommunalen Einnahmen.....	45
99	Keine weiteren Steuerbelastungen	46
100	Abschaffung des Fonds Deutsche Einheit	46
101	Stabile Einnahmen der Kommunen aus reformierten Steuern.....	46
102	Synergiepotenziale aus öffentlichen und privaten Kooperationen fördern	47

103	Entwicklung des neuen kommunalen Finanzwesens	48
104	Anpassung des neuen kommunalen Finanzwesens	49
105	Durchgängige Schuldenbremse eröffnet Gestaltungsmöglichkeiten.....	49
106	Dauerhafte Lösung für finanzielle Schieflage erfordert Nachhaltigkeitsprüfung	49
107	Standards verbessern nicht verkomplizieren.....	49
108	Energie und Innovation	50
109	Herausforderungen der Energiepolitik.....	50
110	Erneuerbare Energien	50
111	Verwertung der Einnahmen aus regenerativen Energien.....	50
112	Energiepolitik in den Kommunen.....	51
113	Energiewirtschaftliche Tätigkeit.....	51
114	Innovationen als Chance	51
115	Sachliche Folgen-Abschätzung neuer Technologien	52
116	Ein unkomplizierter Staat	52
117	Effektives und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln.....	52
118	Mehr Informationen für Bürger und Ratsmitglieder.....	52
119	Digitale Kommune	53
120	Konsequente Weiterentwicklung elektronischer Verwaltung	53
121	Behördengänge digitalisieren und in allen Kommunen etablieren.....	53
122	Mehr direkte Bürgerbeteiligung.....	54
123	Bürgernahe Justiz	54
124	Freigabe öffentlicher Daten	54
125	Weniger regulieren.....	55
126	Verschlinkung der Verwaltung	55
127	Mobilität und Nahversorgung:	55
128	Öffentliches WLAN	56
129		
130		
131		
132		
133		
134		

135 **Einleitung**

136 **Freie Bürgerinnen und Bürger, starke Kommunen -**

137 **DAS braucht Rheinland-Pfalz!**

138

139 Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Ziel unserer Politik und stete wertschätzende
140 Aufgabe und wachsame Herausforderung.

141

142 Unsere Städte und Gemeinden sind für uns Freie Demokraten vor Ort die Basis unseres
143 Gemeinwesens.

144

145 Grundsätzliches Ziel unserer Kommunalpolitik ist es, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort
146 ein Höchstmaß an Möglichkeiten zur freien Entfaltung ihres Lebens zu geben.

147

148 Wir wollen eine Politik vor Ort mit Herz und Verstand.

149

150 Jeder Mensch soll faire Chancen haben, seine eigenen Talente und Ideen zu entfalten, von
151 seiner eigenen Arbeit zu leben und nach seiner eigenen Vorstellung glücklich werden zu
152 können - zu seinem eigenen Nutzen und zum Nutzen der Gesellschaft. Erst das Miteinander
153 und Füreinander der Bürgerinnen und Bürger macht unsere Städte und Kommunen attraktiv
154 und lebenswert.

155

156 Liberale Kommunalpolitik unterstützt, ermutigt und fördert privates Engagement und die
157 Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger. Wo immer Menschen in Eigeninitiative tätig
158 werden, finden sie unsere Unterstützung. Nicht die Hoffnung auf den allmächtigen Staat,
159 sondern die Tatkraft seiner Bürger macht unsere Gesellschaft solidarisch, stark und
160 lebenswert.

161

162 Um die Kräfte der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zur Entfaltung zu bringen,
163 bedarf es unserer liberalen Politik, die besonnen für Rheinland-Pfalz die richtigen
164 Rahmenbedingungen setzt.

165

166 Gemeinsam bewegen wir Rheinland-Pfalz! Wir sind pragmatisch, bürgernah und
167 lösungsorientiert.

168

169 Wir Freie Demokraten können vor Ort nicht alles verwirklichen, was wünschenswert ist,
170 sondern das, was in unseren Kommunen wirklich notwendig ist.

171

172

173

174 **Unsere Basisforderungen für unsere Städte und Gemeinden in RLP:**

175

- 176 • **Die Wirtschaft** unseres Landes ist in hohem Maße geprägt von kleinen und
177 mittelständischen Unternehmen. Damit Unternehmen sich weiterentwickeln können,
178 müssen Kommunen die richtigen strategischen Weichen für die Zukunft stellen.
179 Benötigt werden weniger Bürokratie, ein unternehmerfreundliches Klima und
180 finanzielle Mittel, um zu investieren, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und
181 aufzubauen. Hier sind die Kommunen gefordert, für die notwendige Infrastruktur zu
182 sorgen. Dazu zählen eine schlanke Verwaltung, Breitbandausbau, Verkehrswege
183 sowie ein ausreichendes Angebot an ärztlicher Versorgung, an Bildungseinrichtungen
184 und an Kinderbetreuung.
185
- 186 • **Der Tourismus** als ressortübergreifender harter Wirtschaftsfaktor muss für eine
187 nachhaltige Wirtschaftsentwicklung des Landes gestärkt werden. Nur mit einem
188 scharfen regionalspezifischen Profil ist ein imageprägender Auftritt am
189 Tourismusmarkt möglich. Hierzu ist die Bündelung von Fachwissen und von
190 finanziellen Mitteln notwendig. Das Gastgewerbe als Säule des Tourismus muss durch
191 Abbau bürokratischer Hürden, einzelbetriebliche Förderung, Einführung von
192 Arbeitszeitkonten, Lösung des Fachkräftemangels, Unterstützung bei
193 Betriebsübernahmen sowie durch eine intensiviertere Vermarktung
194 saisonunabhängiger Angebote und Veranstaltungen gestärkt werden.
195
- 196 • **Die Finanzpolitik** auf Landes- und Kommunalebene muss kommenden Generationen
197 Spielräume eröffnen, um den Herausforderungen von morgen gerecht zu werden
198 und diese aktiv gestalten zu können. Dazu müssen Kommunen auf wirtschaftlich
199 gesunde Beine gestellt werden, um zukünftig Infrastruktur- und Sozialaufgaben zu
200 realisieren und dauerhaft zu sichern. Dies umfasst Schuldenabbau, ausgeglichene
201 Haushalte und nachhaltige Investitionen. Notwendige Maßnahmen dazu sind die
202 Beschränkung kommunaler Ausgaben unter Einhaltung des Konnexitätsprinzips, die
203 Stabilisierung kommunaler Einnahmen und die Weiterentwicklung des kommunalen
204 Finanzwesens.
205
- 206 • **Die Verkehrswege** und attraktiven Verkehrsangebote sind zentrale Grundlage für
207 individuelle Mobilität, wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand in unserem Land. Für
208 viele Verkehrswege in Land, Kreisen, Städten und Gemeinden gibt es Nachhol- und
209 Modernisierungsbedarf. Deshalb sind eine ideologiefreie Verkehrspolitik und eine
210 Mobilitätsoffensive im kommunalen Bereich notwendig. Erhaltung, Modernisierung
211 und bedarfsgerechter Ausbau der kommunalen Verkehrsinfrastruktur in Städten und
212 Gemeinden und in ländlichen Regionen sind - wie attraktive, bezahlbare Angebote im
213 öffentlichen Verkehr und Förderung des Fahrradverkehrs - Schwerpunkte liberaler
214 Verkehrspolitik.
215
- 216 • **Die Energiepolitik** auf kommunaler Ebene muss sich an den Grundsätzen
217 Versorgungs-sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz und soziale Akzeptanz
218 orientieren. Dies stellt enorme Herausforderungen, denn vor allem Verbraucher
219 werden überproportional belastet. Es ist ein objektives Fazit über Erreichtes zu
220 ziehen und eine sachliche Technologiefolgenabschätzung vorzunehmen, um

221 geeignete Strategien und Maßnahmen abzuleiten. Kommunale
222 Energieversorgungskonzepte können eine autonome Energieversorgung
223 gewährleisten. Dazu sollen erneuerbare Energien möglichst dort gewonnen werden,
224 wo sie verbraucht werden und von allen Umlagen befreit werden.
225

- 226 • Wir Freie Demokraten stehen für ein **selbstbestimmtes und**
227 **verantwortungsbewusstes Leben**. Dies drückt sich auch in unseren Zielen in der
228 Umweltpolitik sowie der Bau- und Stadtentwicklungspolitik aus.
229
- 230 • Wir Freie Demokraten wollen den **ländlichen Raum** auch für junge Menschen und
231 Familien wieder attraktiver gestalten. Dazu gehören nicht nur eine funktionierende
232 Infrastruktur und einschließlich digitalem Netzausbau, sondern auch attraktive
233 Unternehmen und eine lebendige Gemeinschaft mit kulturellen und touristischen
234 Angeboten.
235
- 236 • Dies gilt auch für die **urbanen Verdichtungsräume**, den mittleren und größeren
237 Städten. Hier wollen wir Grünflächen im Sinne eines besseren Stadtklimas sowie
238 attraktiver Freizeit-möglichkeiten erhalten und pflegen und so einer weiteren
239 Flächenversiegelung und den Innenbereichen entgegentreten.
240
- 241 • Wir freie Demokraten setzen auf eine ausgewogene **Umwelt- und Baupolitik** bei der
242 wir die Belange sowie die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger
243 mit ihren vielfältigen Bedürfnissen und den Natur- und Umweltschutz angemessen
244 berücksichtigen. Wir folgen dabei keinen ideologischen Vorgaben, sondern setzen auf
245 Technologieoffenheit und Wettbewerb bei den drängenden Fragen der anstehenden
246 umweltpolitischen Herausforderungen.
247
- 248 • Eine kostenfreie Nutzung kommunaler Sportstätten muss weiter garantiert werden.
249
- 250 • Jede Grundschülerin und jeder Grundschüler soll Schwimmen lernen.
251
- 252 • **Weltbeste Bildung** durch Einsatz digitaler Medien an Schulen.
253
- 254 • **Freiheit und Menschenrechte weltweit**
- 255 • Wir wollen die **Vielfalt Europas** für unsere Kommunen nutzen. Deshalb treten wir für
256 **europaweite kommunale Netzwerke** ein, in denen ähnlich gelagerte Probleme
257 diskutiert, beste Praktiken ausgetauscht und gemeinsame Projekte durchgeführt
258 werden.
- 259 • Wir wollen Europa weiterentwickeln. Deshalb fordern wir eine **Neuaustrichtung der**
260 **europäischen Kommunalpolitik**. Die Regionalfonds sollen zielgerichteter und
261 effizienter eingesetzt werden. Sie sollen vor allem mittelständigen Unternehmen zu
262 Gute kommen und für die Förderung von Innovation und zukunftsorientierter
263 Infrastruktur eingesetzt werden.

264

265

- 266 • Wir wollen die **weltbeste Bildung für unsere Kinder**. Durch das Erasmus + Programm
267 der Europäischen Union wollen wir uns zum einen Anregungen aus den
268 Bildungssystemen der europäischen Nachbarn holen, zum anderen unseren Kindern
269 die Möglichkeit eröffnen, schon in der Schulzeit erste Erfahrungen im Ausland zu
270 sammeln.

271

272 **Weltbeste Bildung für Jeden**

273 **Von Rheinland – Pfalz aus die Welt entdecken**

274 Neben der Digitalisierung stellt eine immer globaler agierende Weltwirtschaft eine große
275 Herausforderung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von morgen dar. Damit
276 unsere Kinder optimal auf den Arbeitsmarkt der Zukunft vorbereitet sind, fordern wir Freie
277 Demokraten die weltbeste Bildung. Dazu zählt für uns zum einen die Bereitschaft,
278 Anregungen aus den Bildungssystemen unsere europäischen Nachbarn zu holen und sie in
279 unserem bestehenden Schulsystem zu integrieren.

280

281 Zum anderen sollen unsere Kinder ihre ersten Erfahrungen im Ausland schon in ihrer
282 Schulzeit sammeln können, da diese in einer globalisierenden Welt für einen erfolgreichen
283 Einstieg in das Berufsleben immer wichtiger wird.

284

285 Konkret fordert die FDP:

- 286 • Wir wollen die Schulen vor Ort bei der Zertifizierung als Europaschule
287 unterstützen, damit Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, schon
288 während ihrer Schulzeit vom Netzwerk der Europaschulen in ganz Europa zu
289 profitieren und so möglichst viel internationale Erfahrung sammeln können.
- 290 • Viele Städte haben schon heute Städtepartnerschaften zu anderen europäischen
291 Städten. Dieses bestehende Netzwerk wollen wir nutzen, um Kooperationen
292 zwischen den Schulen zu fördern. Dafür kommen unter anderem regelmäßige
293 Klassenfahrten in die Partnerstädte infrage.
- 294 • Im Rahmen des Programms Erasmus+ wollen wir den Lehrkräften die Teilnahme
295 an europaweiten Fortbildungskursen sowie Job-Shadowings und
296 Unterrichtstätigkeiten bei Partnereinrichtungen ermöglichen. Die Schüler sollen
297 im Rahmen dieses Programms die Möglichkeit zum interkulturellen Austausch
298 bekommen. Dieses kann z.B. durch einen längeren Aufenthalt an einer
299 Partnerschule aus dem europäischen Ausland geschehen oder durch Mitarbeit an
300 einem selbst gewählten Thema in einer internationalen Arbeitsgruppe.
- 301 • Eine Teilnahme am Erasmus+ Programm darf aber nicht an der Bürokratie
302 scheitern. Die Anträge für europäische Förderprogramme sind oftmals sehr
303 kompliziert. Deshalb dürfen wir die Lehrerinnen und Lehrer bei der Erstellung der
304 Anträge nicht alleine lassen. Wir fordern die Einrichtung einer zentralen Stelle zur
305 Unterstützung bei Anträgen. Hier sollen nicht nur Fragen der Lehrer beantwortet
306 werden, sondern auch im Rahmen eines best practice erfolgreiche Anträge

307 gesammelt werden und sie den anderen Schulen als Vorlage zur Verfügung
308 gestellt werden.

309

310 **Die FDP will die Schulen zukunftsfähig machen**

- 311 • Wir fordern eine finanzielle Stärkung der Kommunen bei der Umsetzung der
312 Schulbaurichtlinie.
- 313 • Wir wollen Klassenräume in angemessener Größe, um pädagogischer sinnvoll
314 unterrichten zu können.
- 315 • Wir fordern Differenzierungsräume und Zusatzräume für inklusive Bildung.
- 316 • Die Barrierefreiheit muss schnellstmöglich erreicht werden.
- 317 • Die Schulen benötigen ausreichend Sport- und Bewegungsflächen.
- 318 • Die Schulen sind mit Räumlichkeiten für Ganztagschulen-Angebote auszustatten.

319

320 **Digitalisierung an Schulen**

- 321 • Die Digitalisierung steckt voller Chancen für bessere Bildung: individuelles Lernen,
322 innovative Lehrmethoden und aktuellere Lehrmittel. Machen wir endlich davon
323 Gebrauch!
- 324 • Wer sich in einer digitalen Welt zurechtfinden will, braucht digitale Bildung. Doch die
325 Technik an unseren Schulen ist häufig veraltet, in den PC-Räumen fehlt es an
326 Kapazitäten, um allen Schülern ein eigenes Gerät zur Verfügung zu stellen oder aber
327 bei Unterrichtsbeginn ist die technische Ausstattung nicht einsatzfähig.
- 328 • Wir Freie Demokraten setzen auf dem Weg zur weltbesten Bildung auf mehr
329 Eigenständigkeit der Schulen. Wer Entscheidungshoheit bei Organisation,
330 Profilbildung und Budget besitzt, übernimmt engagierter Verantwortung und kann für
331 bessere Ergebnisse sorgen. Soweit dies noch nicht Realität ist, wollen wir deshalb den
332 jeweiligen Schulen die Möglichkeit bieten, sich die Art der digitalen Medien passend
333 zu ihrem pädagogischen Konzept auszuschauen. Während für Grundschulen die
334 interaktiven Tafeln empfehlenswert sind, kann es sein, dass für eine berufsbildende
335 Schule der Einsatz interaktive Beamer vorteilhafter erscheint.
- 336 • Wir wollen allen Schülern, auch den sozial Benachteiligten, den Zugang zu modernen
337 digitalen Medien, einen kostenlosen Internetzugang sowie das Erlernen des Umgangs
338 mit Standardsoftware an der Schule ermöglichen. Hierzu ist neben der Investition in
339 die technische Ausstattung, die WLAN-Ausleuchtung der Schulen und das
340 Anschließen der Schulen an schnelles Internet auch ein dazugehöriges EDV-Konzept
341 inkl. eines Datenschutzkonzeptes des Schulträgers notwendig. Hierbei sind die
342 Schulträger aufgefordert, die Schulen bei der Nutzung bereits verfügbare

343 Sonderkonditionen für Softwarelizenzen und Sonderprogrammen der IT-
344 Unternehmen zu unterstützen.

- 345 • Eine solche Investition ist nur zielführend, wenn die angeschaffte Hard- und Software
346 regelmäßig aktualisiert wird und stets einsatzbereit ist. Dies überfordert die meisten
347 Schulen. Deshalb wollen wir, soweit noch nicht erfolgt, den Schulen ausreichende IT-
348 Fachkräfte des Schulträgers als Support im Vor-Ort-Einsatz an den Schulen zur Seite
349 stellen. So soll die Problembeseitigung, Wartung, Instandhaltung und Aktualisierung
350 der Hard- und Software sichergestellt werden und die Schulen in die Lage versetzt
351 werden, eine einsatzfähige digitale Infrastruktur auch nutzen zu können.
- 352 • Wir wollen, soweit noch nicht erfolgt, das Unterrichtsmaterial durch digitale
353 Schulbücher, Lern-Apps und Lizenzen für digitale Arbeitsblätter und Filme bereichern.
354 Das jetzige Konzept der Schulbuchausleihe steht dieser Entwicklung entgegen.
355 Schulen sind an die Nutzung von gelisteten gedruckten Büchern gebunden. Wir
356 wollen die Abschaffung dieses starren, nicht zukunftsfähigen Konzeptes der
357 allgemeinen Schulbuchausleihe. Wir wollen die Einführung eines vergleichbaren
358 Extrabudgets der Schulen für Unterrichtsmaterial. Dieses Budget soll in
359 Selbstverwaltung den Schulen den Freiraum bieten, das für ihr Schulprofil optimal
360 passende Unterrichtsmaterial zusammenzustellen. Daraus ergibt sich auch die
361 Möglichkeit digitales Unterrichtsmaterial für die inklusive Beschulung oder
362 Sprachfördermaterial zu beschaffen.
- 363 • Durch die bessere finanzielle Ausstattung der kommunalen Medienzentren können
364 diese die Schulen auf dem Weg in die Digitalisierung besser begleiten und Lehrkräfte
365 hinsichtlich Nutzung und Einsatzmöglichkeiten besser beraten.
- 366 • Wir befürworten eine enge Verzahnung und Kooperation der kommunalen
367 Schulträger mit der Landes- und Bundesebene, um hier die finanziellen
368 Herausforderungen in allen Landkreisen abgehen zu können.

369

370 Schulbuchausleihe

- 371 • Wir fordern die Abschaffung der allgemeinen Schulbuchausleihe zu Gunsten einer
372 passgenauen Auswahl der Unterrichtsmaterialien, zum Beispiel durch digitale
373 Medien.
- 374 • Die Schulen müssen ausreichend ausgestattet werden mit
375 Differenzierungsmaterialien, Sprachfördermaterial und inklusivem
376 Unterrichtsmaterial.

377

378

379

380

381 **Unterstützungsangebote für Schulen**

- 382 • Wir setzen uns ein für eine langfristige Versorgung der Schulen mit
383 Schulsozialarbeiterstellen unter besonderer Berücksichtigung sozialer
384 Brennpunktschulen.
- 385 • Wir fordern eine Qualifizierung von allen Integrationshelfern, damit ein einheitliches
386 Niveau der Unterstützung gewährleistet ist.

387

388 **Flexible Bildungsübergänge**

- 389 • Unser Ziel ist die Ausstattung der Kindertagesstätten mit Sprachfördermaterial und
390 qualifizierten Fördermaßnahmen zum Spracherwerb und zur Weckung
391 naturwissenschaftlicher Neugier.
- 392 • Wir setzen uns ein für eine flächendeckende Begleitung beim Übergang von
393 Kindertagesstätten zur Schule durch ein individuelles Vorschulprogramm.

394

395 **Sport in Schulen**

396 Der Ausbau der Ganztagsbetreuung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen darf nicht
397 zu Lasten der Sportvereine gehen. Die Kooperation von Schulen und Sportvereinen ist weiter
398 auszubauen.

399 Um dem Bewegungsmangel von Kindern vorzubeugen, sollten die Schüler einen vielseitigen
400 Überblick über viele Sport- Bewegungsfelder erhalten. Die Schulen sollen hierzu bei der
401 Kooperation mit Sportfachverbänden und ihren vor Ort ansässigen Sportvereinen
402 unterstützt werden, damit ein Transfer zwischen Schul- und Vereinssport stattfinden kann.
403 Bis zur 9. Schulklasse sollen die Schüler befähigt sein, die Voraussetzungen für das
404 Sportabzeichen zu erwerben.

405 Jeder Grundschüler soll Schwimmen lernen.

406 In den Zeugnissen der 3. und 4. Klasse ist die Detailleistung Schwimmen zu dokumentieren.
407 Die FDP fordert als Ziel, dass am Ende der Grundschulzeit es nur noch sichere Schwimmer
408 (Bronze – Abzeichen) gibt.

409

410 **Sport in Kindertagesstätten**

411 In den Kindertagesstätten und den Kindergärten sind räumliche und personelle Bedingungen
412 für Sport, Spiel- und Bewegungsentwicklung zu schaffen.

413 Eine Kooperation zu den örtlichen Vereinen soll – soweit möglich – angestrebt werden.

414

415

416 **Vorrangkommen durch eigene Leistungen**

417 **Lebensraum**

418 Wir Freie Demokraten setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse im Land und in der
419 Stadt ein. Damit eine Gemeinde für die Menschen auch künftig einen hochwertigen und
420 attraktiven Lebensraum darstellt, brauchen wir eine gut ausgebaute Infrastruktur. Die
421 Erreichbarkeit über Straßen und ÖPNV ist ebenso wichtig, wie die Verfügbarkeit von
422 Breitbandnetzen oder örtlichen Bildungs- und Förderangeboten.

423

424 Zur Lebensqualität gehört auch die einfache Erreichbarkeit von Metzgern, Bäckern,
425 Lebensmittelhändlern, Supermärkten, Ärzten und Apotheken. Gerade im ländlichen Raum ist
426 deshalb die Verknüpfung von wohnortnahen Angeboten und einer besseren Vernetzung
427 durch den ÖPNV und Straßeninfrastruktur von elementarer Bedeutung.

428

429 Soziale Medien können zwar die Kommunikation mit Freunden und Gruppen erleichtern,
430 jedoch niemals die Möglichkeiten ersetzen, die Städte und Gemeinden zu bieten haben.
431 So gehören auch kulturelle Angebote und Freizeitmöglichkeiten zu dem, was eine lebendige
432 Gemeinde oder Stadt ausmacht.

433

434 Hierzu werden in angemessenem Umfang nicht nur Räumlichkeiten für Künstler und Vereine
435 benötigt, sondern auch attraktive Grünflächen und Parks. Gerade die Grünflächen in den
436 Städten tragen mit ihrem vitalen Baumbestand dazu bei, dass die Umgebungstemperaturen
437 in den Sommermonaten abkühlen können und leisten durch die Aufnahme von CO₂ und
438 Abgabe von Sauerstoff sowie die Bindung von Feinstaub einen wesentlichen Beitrag zum
439 Umweltschutz.

440

441 **Politik für ländliche Räume**

442 Die Situation der ländlichen Räume ist derzeit häufig durch zu geringe
443 Wettbewerbsfähigkeit, einen kritischen Arbeitsmarkt, geringe Kaufkraft und die
444 Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen gekennzeichnet. Die Abnahme der
445 Bevölkerung führt zu infrastruktureller Ausblutung in allen Bereichen.

446

447 Die Politik hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Aufgabe, diesen Trends entgegenzuwirken
448 und die Regionen als Lebens- und Wirtschaftsraum mit eigenständiger Bedeutung zu
449 entwickeln. Mittelzentren und Kleinzentren spielen dabei eine bedeutende Rolle.

450 Wir Freie Demokraten unterstützen in den Regionen Kooperationen, Partnerschaften und
451 interkommunale Projekte zur Entwicklung gemeinsamer Ziele und Handlungsfelder. Die
452 Entwicklung regionaler Zusammenschlüsse sog. „Cluster“ – wirtschaftlich, kulturell und sozial
453 – wird entscheidend sein, um die die Attraktivität ländlicher Räume gerade für junge
454 Menschen zu steigern.

455

456 Auch dank des großen Engagements einiger Gemeinden, meist in Zusammenarbeit mit den
457 Vereinen und engagierten Teilen der Bevölkerung wurden erfolgreich Projekte und
458 Maßnahmen gegen Abwanderungstendenzen ergriffen. Solch beispielhaftes
459 bürgerschaftliches Engagement wollen wir unterstützen und fördern.

460

461
462
463
464
465
466
467
468
469
470
471
472
473
474
475
476
477
478
479
480
481
482
483
484
485
486
487
488
489
490
491
492
493
494
495
496
497
498
499
500
501
502
503
504
505
506
507
508

Hierzu gehört auch die Unterstützung der kleinen Gemeinden wenn es um die Vermarktung leerstehender Immobilien geht. Die starken Preissteigerungen für Grundstücke, Gebäude und Mieten in den Ballungszentren lassen bereits jetzt schon erste Anzeichen für eine Trendumkehr, zurück in den ländlichen Raum, erkennen. Die Angebote, die kleine Gemeinden zu bieten haben, müssen dazu einer größeren Zielgruppe auch in den umliegenden Ballungsgebieten auf geeigneten Internetplattformen, zusammen mit allen weiteren Vorteilen die diese Gemeinden zu bieten haben, entsprechend beworben und präsentiert werden.

Für uns Freie Demokraten ist die Aktivierung der Innenbereiche für ein lebendiges Dorf- und Gemeindeleben von großer Bedeutung. So bietet Leerstand auch die Chance der Umstrukturierung und Neugestaltung der alten Ortskerne. Hierzu müssen die Gemeinden, nach sorgfältiger Abwägung, auch selbst finanziell in die Lage versetzt werden, bestimmte Leerstandsimmobilien günstig zu erwerben. Die bestehenden Landesmittel für Programme beispielsweise zur Dorferneuerung sind den sich verändernden Anforderungen pragmatisch anzupassen und aktiv zu bewerben.

Libérale Politik für ländliche Räume orientiert sich an folgenden Grundsätzen:

- Unterstützung regionaler Entwicklungskonzepte, die an vorhandenen Potentialen anknüpfen, Bereitstellung von Angeboten für Arbeit, Versorgung und Bildung, möglichst wohnortnah.
- Ausreichende verkehrliche Erschließung für den Individualverkehr ist eine grundlegende Voraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung.
- Mobilitätsangebote durch den ÖPNV sind als Grundgerüst zu gewährleisten. Darüber hinaus fördern wir flexible Mobilitätssysteme, Verknüpfung mit privaten Angeboten, Bürgerbusse, Anruf-Sammeltaxis (näheres siehe Programmteil Verkehr).
- Stärkere Verknüpfung der europäischen und nationalen Förderprogramme mit konkreten regionalen Entwicklungszielen.
- Stärkung der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft sowie des Anbaus von Sonderkulturen (z. B. Wein).
- Stärkung der Zusammenarbeit von Landschaftspflege und Agrarwirtschaft.
- Unterstützung bei der Entwicklung und Vermarktung qualitativ hochwertiger Angebote mit hoher regionaler Wertschöpfung. Dies gilt für Industrie, Landwirtschaft und Tourismus gleichermaßen.
- Erhaltung und Stärkung der Ortskerne.
- Verstärkte Anreize zu Investitionen in Breitbandnetze.
- Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU's) durch Beratung und Hilfestellung, Fachkräftesicherung, Stärkung des Technologietransfers in ländliche Räume, Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Universitäten.
- Erhalt der medizinischen Grundversorgung und pflegerischer Grundleistungen wohnortnah. Stärkere Arbeitsteilung zwischen kleineren Krankenhäusern bei anspruchsvolleren medizinischen Behandlungen.
- Erhalt der schulischen Basisversorgung möglichst wohnortnah.

509 **Politik für mittlere und größere Städte**

510 **Spielräume des Lärmschutzes nutzen**

511 Insbesondere in den Ballungsräumen ist im Sinne einer Stadt der kurzen Wege entsprechend
512 der „Charta von Leipzig“, für eine attraktive Durchmischung der Funktionen Wohnen, Arbeit
513 und Freizeit Sorge zu tragen. Durch die rechtzeitige Ausweisung von Kerngebieten (nach der
514 Baunutzungsverordnung) und durch den Ausweis urbaner Gebiete, die jeweils höhere
515 Immissionsrichtwerte für Lärm gegenüber Allgemeinen Wohngebieten und reinen
516 Wohngebieten erlauben, haben die Städte dazu die entsprechenden Handlungsspielräume,
517 die es auszuschöpfen gilt. Alteingesessene Betriebe sollen hinsichtlich ihrer
518 Lärmimmissionen gegenüber neu hinzugekommener Wohnbebauung besonderen
519 Bestandsschutz genießen der auch bei Wechsel des Eigentümers oder des Betreibers
520 bestehen bleibt. Im Zweifel sind dem geplanten Wohnungsneubau entsprechend erhöhte
521 Auflagen zum Schallschutz zu machen.

522

523 **Behutsames Nachverdichten**

524 Um den steigenden Mietpreisen zu begegnen setzen wir auf Anreizsysteme den
525 bestehenden Wohnungsbestand zu erhöhen. Hierzu können insbesondere
526 Aufstockungsmaßnahmen von Gebäuden in den Gebieten herangezogen werden, in denen
527 es keine einheitlichen Gebäudehöhen gibt.

528

529 Neben der Möglichkeit, durch vereinfachte Genehmigungsverfahren Dachausbauten und
530 ggf. auch Aufstockungen zu genehmigen soll auch das Aufteilen sehr großer Wohnungen in
531 zwei oder drei Wohneinheiten baurechtlich ermöglicht werden ohne unnötige zusätzliche
532 bürokratische Hürden (wie z.B. der Nachweis von Parkplätzen) aufzubauen.

533 Gerade ältere, alleinstehende Menschen erhalten dadurch die Möglichkeit, Teile ihres
534 Eigentums zu vermieten, um die eigene Einkommenssituation aufzubessern.

535

536 In den Fällen in denen es in den Innenstädten kaum noch bestehende Brach- oder
537 Entwicklungsflächen mehr gibt, ist der Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung
538 aufzuheben. In diesen Fällen sollen soweit möglich die Städte auch wieder in den
539 Randbereichen wachsen dürfen. Dies schafft Entwicklungsperspektiven für die Städte und
540 die Bürger und entschärft den Preisdruck auf Mieten und Kaufpreise für Grundstücke und
541 Wohnungen.

542

543 **Mittelstand in Rheinland-Pfalz**

544 Die Wirtschaft unseres Landes ist in hohem Maße geprägt von kleinen und mittelständischen
545 Unternehmen. Diese umfassen ein breites Spektrum von produzierenden Betrieben,
546 Dienstleistern, Selbständigen und Freiberuflern. Dazu gehören Landwirte und Winzer,
547 inhabergeführte Geschäfte, Dienstleister und Einzelhändler, sowie Gastwirte, Hotel- und
548 Pensionsbetreiber, die ihren Kunden beste Qualität aus der Region bieten.

549

550 Sie alle stiften unsere regionale Identität, stellen Produkte und Dienstleistungen von hoher
551 Qualität her, zahlen Löhne und Gehälter und übernehmen Verantwortung als Arbeitgeber.

552 Sie stellen den größten Teil der Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz und legen somit die
553 Grundlage unseres Wohlstands. Diese Unternehmen haben ein Anrecht auf ein besseres
554 Verständnis und auf mehr Anerkennung in unserer Gesellschaft. Das Fundament hierfür
555 muss bereits in den Schulen gelegt werden.

556
557 Die Vorteile rheinland-pfälzischer Standorte müssen von kommunalen und regionalen
558 Einrichtungen vermittelt werden. Auch die Gründung von Unternehmen muss stärker
559 unterstützt werden. Jeder Investor bzw. Gründer hat eine Vielzahl von Standorten zur
560 Auswahl. Er wird sich für den Standort entscheiden, der ihm den besten Start und langfristig
561 gute Entwicklungsperspektiven verspricht. Daher muss der Dialog zwischen Kommunen und
562 Unternehmen verstärkt werden. Die Kontakte zu Unternehmen müssen intensiviert und
563 Foren besser zum Austausch genutzt werden. Dabei soll konkreter als bisher auf Bedarfe und
564 Probleme von Unternehmen eingegangen werden.

565
566 Mittelständische Unternehmen stehen vor enormen Herausforderungen. Globalisierung,
567 Digitalisierung, sich rasch wandelnde Kundenwünsche und zunehmender Fachkräftemangel
568 zwingen sie zu immer schnellerer Anpassung. Dafür benötigt werden weniger Bürokratie, ein
569 unternehmerfreundliches Klima und finanzielle Mittel, um zu investieren, Arbeits- und
570 Ausbildungsplätze zu sichern und aufzubauen. Hierzu muss der Staat für die notwendige
571 Infrastruktur sorgen. Aber auch Kommunen sind hier gefordert: Dazu zählen u.a.
572 Breitbandausbau, Verkehrswege, ein ausreichendes Angebot an Schulen, Kinderbetreuung,
573 ärztlicher Versorgung und Bildungseinrichtungen.

574

575 **Kommunale Wirtschaftspolitik: Mittelstand stärken, Arbeitsplätze sichern**

576 Eine effiziente Kommunalpolitik sorgt für eine starke Wirtschaft. Denn insbesondere bei den
577 sogenannten „freiwilligen Leistungen“ der Kommunen können nur Leistungen zur Verfügung
578 gestellt werden, die vorher erwirtschaftet wurden. Unternehmen brauchen starke, in die
579 Zukunft denkende Kommunen. Damit Unternehmen sich weiterentwickeln können, müssen
580 Kommunen die richtigen strategischen Weichen für die Zukunft stellen. Deshalb muss die
581 kommunale Wirtschaftsförderung gestärkt werden, um die Rahmenbedingungen für den
582 Mittelstand zu verbessern.

583
584 Kommunale Wirtschaftsförderung muss sich vor diesem Hintergrund dynamisch dem
585 Wettbewerb anpassen. Dazu ist die Schaffung regionaler Zusammenschlüsse von
586 Unternehmensnetzwerken und Kommunen auf freiwilliger Basis zur Wirtschaftsförderung
587 erforderlich. Wirtschaftsfördermittel können regional effektiver als nur rein punktuell
588 eingesetzt werden. Positive Beispiele sind die Metropolregionen. Entscheidende Grundlagen
589 für die Unterstützung von Unternehmen sind u.a. folgende Punkte:

590

- 591 • Schnelle, unbürokratische Entscheidung und Genehmigung bei Neuansiedlungs-,
592 Investitions- und anderen Vorhaben durch Verwaltungen und Behörden. Die FDP
593 setzt sich dazu für die Einrichtung schlagkräftiger, effizienter Servicecenter in
594 kommunalen Verwaltungen ein. In diesen Centern sollen konkrete Ansprechpartner
595 für eine koordinierte Bearbeitung durch alle zuständigen Fachdienststellen sorgen.
596 Antragsteller haben so im gesamten Verfahren nur einen Ansprechpartner, der als
597 zentraler Dienstleister alle Verwaltungsvorgänge effizient koordiniert.

- 598
- Eine in jeder Hinsicht zukunftssicher ausgebaute und bedarfsgerechte Infrastruktur, Transparenz und Zuverlässigkeit der kommunalpolitischen Zukunftsplanung.
- 599
- Das Vorhandensein wichtiger Standortfaktoren wie z.B. Schul- und Ausbildungsangebote, ein reiches Kulturleben und hochwertige Freizeitmöglichkeiten.
- 600
- Die Verfügbarkeit von Fachkräften.
- 601
- 602
- 603

604 Betrieben muss in den Kommunen eine bessere Mitwirkungsmöglichkeit eingeräumt werden
605 (z.B. bei Investitionen, Privatisierungen, Anschaffung von Ausbildungsmitteln an
606 berufsbildenden Schulen, Steuer- und Gebührensätzen usw.) etwa in Form beratender
607 Wirtschaftsräte mit ortsansässigen Unternehmen. Auf Kommunal- und Landesebene müssen
608 Gesetze, Vorschriften und Satzungen so gestaltet werden, dass Unternehmen sie mit
609 vertretbaren Kosten erfüllen können. Wirtschaftsförderung ist für Kommunen und ihre
610 Standorte essentiell. Bürgerinnen und Bürgern soll der Weg in die erfolgreiche
611 Selbstständigkeit so einfach wie möglich gemacht werden. Jede Neugründung birgt das
612 Potenzial, ein ortsansässiger Arbeitgeber und Steuerzahler zu werden.

613

614 **Mittelstandsklausel auch auf kommunaler Ebene einführen**

615 Eine Mittelstandsklausel ist auch auf kommunaler Ebene einzuführen. Demnach sollen alle
616 kommunalen Erlasse und Verordnungen bezüglich ihrer Auswirkungen auf die
617 Leistungsfähigkeit von kleinen und mittelständischen Unternehmen überprüft werden.
618 Die Belastung durch zusätzliche Bürokratie trifft insbesondere kleine und mittelständische
619 Unternehmen, die häufig annähernd die gleichen regulatorischen Anforderungen erfüllen
620 müssen wie größere Unternehmen. Generell soll Bürokratie in allen Bereichen so weit wie
621 möglich abgebaut werden, damit sich - vor allem auch junge - Unternehmen stärker auf ihr
622 Geschäft statt auf Bürokratie konzentrieren können.

623

624 **Technologieförderung stärken**

625 Neue Technologien schaffen Arbeitsplätze von morgen. Strategische Technologieförderung
626 muss daher auf kommunaler Ebene an Bedeutung gewinnen und in die kommunale
627 Wirtschaftsförderung einbezogen werden, um planvoll geeignete Maßnahmen ergreifen zu
628 können. Dazu muss es der kommunalen Wirtschaftsförderung ermöglicht werden,
629 Unternehmen den einfachen, unkomplizierten Zugang zu überregional verfügbarem Kapital
630 für Forschung, Entwicklung und Investitionen aufzuzeigen.

631

632 **Ladenöffnungszeiten liberalisieren**

633 Wir Freie Demokraten setzen uns für flexible Ladenöffnungszeiten ein. In der modernen,
634 digitalisierten Lebensrealität wirken sich feste gesetzliche Öffnungszeiten
635 wettbewerbseinschränkend aus. Damit es nicht mehr nur Online-Anbietern, sondern auch
636 traditionellen Geschäften ermöglicht wird, ihre Waren rund um die Uhr verkaufen zu
637 können, sind selbstbestimmte flexible Ladenöffnungszeiten erforderlich. Jedes Geschäft soll
638 demnach selbst darüber entscheiden können, wann es öffnet und schließt.

639

640 **Dem Fachkräftemangel entgegenwirken**

641 Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz prosperiert. In vielen Regionen und Sparten herrscht
642 annähernd Vollbeschäftigung. Viele Betriebe können jedoch offene Stellen wegen
643 Fachkräftemangels nicht besetzen. Bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels kann auf
644 kommunaler Ebene viel geleistet werden. Eltern, Schulen und Betriebe können
645 zusammenwirken, um junge Menschen für eine zukunftsorientierte Ausbildung und Jobs in
646 der Region zu gewinnen. Neue Arbeitskräftepotenziale können durch bedarfsorientierte
647 Weiterqualifizierung und durch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie erschlossen
648 werden. Neue Arbeitszeitmodelle und Betreuungsangebote für Kinder ermöglichen
649 Erziehenden eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Teilnahme am Berufsleben.

650

651 **Unternehmensnachfolge sichern**

652 Jedes Jahr suchen ca. 6000 rheinland-pfälzische Unternehmer einen Nachfolger - aus Familie,
653 Belegschaft oder durch Fremdinvestoren. Diese Unternehmen sollen erhalten bleiben, für
654 die Zukunft gerüstet und ihre Arbeitsplätze gesichert werden. Gesucht werden qualifizierte
655 Nachfolger mit unternehmerischem Können. Kontakte potenzieller Übergeber und
656 Übernehmer sollen auf regionaler Ebene gefördert und unterstützt werden.

657

658 Kommunale Vertreter sollen stärker mit Wirtschaftsverbänden vor Ort kooperieren, um
659 Informationen mit allen Beteiligten und Interessenten auszutauschen und diese fachkundig
660 zu begleiten - eine Aufgabe u.a. für Kammern, Förderbanken und Investoren.

661

662 **Vergabepolitik: Wettbewerb stärken, Einsparpotenziale nutzen**

663 Bei Vergabe und Durchführung öffentlicher Aufträge sollen folgende Ziele Priorität haben:

- 664 • Transparenz der Vergabeverfahren
- 665 • Fairer Wettbewerb zwischen den Bietern
- 666 • Stärkere Beteiligung mittelständischer Unternehmen
- 667 • Wirtschaftlichkeit bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben

668

669 Wir sind für klare, nachvollziehbare und ergebnisorientierte Leistungsbeschreibungen. Wir
670 wollen keinen reinen Preis-Wettbewerb, sondern Wettbewerb um Effizienz und Qualität.
671 Der Zugang soll allen qualifizierten Bewerbern offenstehen und nicht durch unnötige
672 Zertifizierungen o.ä. eingeschränkt werden. In Verträgen sind grundsätzlich Rechte und
673 Pflichten aller Partner im Hinblick auf die Aufgabenerfüllung vorzusehen. Die Abwicklung der
674 Vergabeprozedur (Ausschreibung, Angebotsbewertung, Auftragserteilung) soll auch bei
675 kleineren Aufträgen auf elektronischem Weg erfolgen. Auch Unternehmen, an denen die
676 öffentliche Hand beteiligt ist, sollen dem öffentlichen Vergaberecht unterliegen.

677

678 **Privat vor Staat - bestehende gesetzliche Vorgaben nicht weiter aufweichen**

679 Dem Trend von Kommunen, verstärkt privatwirtschaftliche Tätigkeiten zu übernehmen, ist
680 Einhalt zu gebieten. Überall dort, wo der Markt funktioniert, soll das ordnungspolitische
681 Erfolgsrezept unserer Marktwirtschaft „Privat vor Staat“ Beachtung finden.

682 Andernfalls werden sich ohnehin bestehende gravierende Wettbewerbsnachteile
683 mittelständischer Unternehmen gegenüber kommunalen Eigenbetrieben wie
684 Ungleichbehandlung bei Umsatzsteuer sowie Insolvenzschutz weiter verschärfen.

685

686 **Schnelles Internet überall**

687 Wir Freie Demokraten wollen, dass in allen Kommunen der Zugang zu schnellem Internet
688 möglich ist. Sowohl im privaten, wie im beruflichen Umfeld ist der Zugang zu gigabitfähigem
689 Internet in den kommenden Jahren notwendig.

690

691 Für die Kommunen ist schnelles Internet, das in der Lage ist, den steigenden Anforderungen
692 an immer größer werdende Datenmengen Rechnung zu tragen, ein enorm wichtiger
693 Standort- und Wettbewerbsfaktor. Insbesondere im Hinblick auf die Ansiedlung von Familien
694 und Unternehmen darf der ländliche Raum nicht weiter den Anschluss an die besser
695 ausgebauten urbanen Gebiete und Metropolregionen verlieren. Erst leistungsfähige
696 Internetanschlüsse ermöglichen die Teilnahme an den heute gängigen
697 Kommunikationsformen und damit an einem modernen gesellschaftlichen Leben (z. B.
698 Home-Office).

699 Um sicherzustellen, dass der gesamte ländliche Raum und nicht nur die strukturstarke
700 Gebiete mit schnellem Internet versorgt werden, fordern wir Freie Demokraten, dass der
701 Glasfaserausbau in Regions-Clustern ausgeschrieben wird. Die Kommunen können sich auch
702 zusammenschließen und über die Programme des Landes Rheinland-Pfalz auch an
703 Fördermitteln des Bundes und der EU gelangen. Darüber hinaus wollen wir die Einführung von
704 kommunalen Gigabit-Beratern, die die Kommunen beispielsweise bei Förderanträgen und in
705 technischen Fragen unterstützen.

706

707 **Mobilfunklücken schließen und schnelles mobiles Internet gewährleisten**

708 Wir Freie Demokraten wollen die flächendeckende Mobilfunkversorgung durch schnelles,
709 mobiles Internet in ganz Rheinland-Pfalz. Neben dem Glasfaserausbau ist eine lückenlose
710 Mobilfunkversorgung mit schnellem Internet ein wichtiger Standortfaktor für den ländlichen
711 Raum. Leider gibt es in vielen Kommunen weiße Flecken in der Abdeckung mit schnellen 4G-
712 Funknetzen. Wir Freie Demokraten wollen, dass sich das ändert.

713

714 Der Aufbau der engmaschigen neuen 5G-Netze wird auch die Kommunen vor
715 Herausforderungen stellen. Die einfache Bereitstellung von öffentlichen Gebäuden zum
716 Aufstellen von Mobilfunkantennen kann dazu beitragen, bestehende Lücken schneller zu
717 schließen und den Aufbau der neuen 5G-Netze wie auch der 4G Netze voranzutreiben.

718

719 **Sensibler Umgang mit Bürgerdaten**

720 Die FDP unterstützt, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung im Bereich des
721 öffentlichen und nichtöffentlichen Datenschutzes umfassend zu achten.

722

723 Die FDP fördert die größtmögliche Transparenz und Überprüfbarkeit der Daten-
724 Verarbeitungsprozesse, damit jeder eigenverantwortlich über seine Daten bestimmen kann.
725 Im Bereich der Videoüberwachung sind zunächst die geltenden rechtlichen
726 Rahmenbedingungen auszuschöpfen, bevor Ausweitung und Verschärfung gefordert
727 werden. Bei der Videoüberwachung des öffentlichen Raumes sind es zunehmend Private und
728 nicht mehr staatliche Stellen, die unsere Persönlichkeitsrechte einschränken. Für diese
729 müssen die gleichen hohen Standards gelten.

730

731 **Verkehr**

732 Leistungsfähige Verkehrswege und attraktive Verkehrsangebote sind zentrale Grundlage für
733 individuelle Mobilität, wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand in unserem Land.
734 Viele Verkehrswege im Land, in Kreisen, Städten und Gemeinden sind in die Jahre
735 gekommen. Es gibt Nachhol- und Modernisierungsbedarf. Deshalb tritt die FDP für eine
736 Mobilitätsoffensive im kommunalen Bereich ein. Dabei wollen wir eine ideologiefreie
737 Verkehrspolitik ohne Gängelei. Die Menschen sollen frei darüber entscheiden können,
738 welches Verkehrsmittel sie nutzen wollen. Erhaltung, Modernisierung und bedarfsgerechter
739 Ausbau der kommunalen Verkehrsinfrastruktur in ländlichen Regionen und in Städten und
740 Gemeinden sind - wie attraktive und bezahlbare Angebote im öffentlichen Verkehr und
741 Förderung des Fahrradverkehrs - Schwerpunkte liberaler Verkehrspolitik.
742 Fahrverbote für Dieselfahrzeuge halten wir für falsch. Andere Maßnahmen sind geeigneter,
743 die Verringerung der Luftbelastung zu erreichen - ohne wirtschaftliche Schäden für Besitzer
744 von Dieselfahrzeugen sowie Handwerk und Mittelstand, die überwiegend Dieselfahrzeuge
745 nutzen. Ein flächendeckendes Tempolimit von 30 km/h innerörtlich lehnen wir ebenso ab
746 wie die Forderung nach Einführung einer City-Maut oder dirigistische Maßnahmen zur
747 Verdrängung des motorisierten Individualverkehrs.

748

749 **Moderne Verkehrsinfrastruktur für zukunftsfähige Kommunen**

750 Lebenswerte Städte und Gemeinden brauchen eine moderne Verkehrsinfrastruktur. Mit
751 bröckelnden Straßen und Brücken ist kein Staat zu machen. Wir Freien Demokraten setzen
752 uns für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ein – gleichermaßen bei kommunalen
753 Straßen und im Schienenverkehr. Ohne eine gute Verkehrsinfrastruktur leidet die
754 Erreichbarkeit von Städten und Gemeinden. Wir wollen eine Verödung der Innenstädte und
755 weitere Abwanderungen aus ländlichen Regionen vermeiden.

756

757 **Kommunales Straßennetz erneuern**

758 Es muss wieder mehr in die kommunale Straßeninfrastruktur investiert werden. In vielen
759 Städten und Kommunen in Rheinland-Pfalz findet seit Jahren ein Substanzverzehr und
760 Vermögensverlust statt. Wir Freien Demokraten wollen das ändern. Es gibt vor allem jenseits
761 der Hauptverkehrsstraßen einen enormen Erneuerungs- und Modernisierungsbedarf.

762

763 Eine moderne kommunale Straßeninfrastruktur in Stadt und Land ist Voraussetzung für
764 schnelle und attraktive Angebote im öffentlichen Personennahverkehr mit Bussen. Um

765 Bürger bei der Modernisierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur so gering wie möglich
766 zu belasten, setzen wir uns für eine bessere Planung und Koordinierung von Baustellen und
767 ein besseres Verkehrsmanagement ein. Dabei wollen wir auch das Knowhow privater
768 Ingenieurbüros einbinden. Um schneller voran zu kommen, ist ein schlankeres Planungsrecht
769 notwendig; eine Reform der Planungsprozesse ist dringlich. Die von Infrastrukturvorhaben
770 unmittelbar betroffenen Bürger müssen im Zentrum der frühzeitigen
771 Öffentlichkeitsbeteiligung stehen.

772

773 Wir fordern die Digitalisierung des ÖPNV voran zu treiben. Fahrkarten sollen
774 verbundübergreifend per Smartphone-App und über das Internet gekauft werden können.

775

776 **Brücken schlagen**

777 Rheinland-Pfalz ist Pendlerland. Viele Menschen haben ihren Arbeitsplatz in den
778 Nachbarländern Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen oder auch in
779 Luxemburg. Damit Pendler ihre Arbeitsplätze in angemessener Zeit und ohne großen Stress
780 erreichen können, tritt die FDP dafür ein, neue Brücken zu bauen. Neben dem vor dem
781 Abschluss stehenden Hochmosel-Übergang sind vor allem kommunale Brücken am
782 Mittelrhein, bei Bingen-Ingelheim und Nierstein, sowie Rheinquerungen bei Wörth und bei
783 Ludwigshafen sinnvoll. Bei Sanierung insbesondere der großen Brücken in kommunaler
784 Baulastträgerschaft dürfen Städte und Gemeinden nicht im Stich gelassen werden. Hier
785 fordern wir einen Sonderfonds zur Unterstützung kommunaler Sanierungsmaßnahmen.

786

787 **Verkehrswende durch Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) unterstützen**

788 Die Menschen sind bereit, auf den umweltfreundlichen ÖPNV auf Schiene und Straße
789 umzusteigen. Das zeigen steigende Fahrgastzahlen dort, wo das Angebot stimmt. Die Freien
790 Demokraten bekennen sich zu einem modernen öffentlichen Personennahverkehr mit Bus
791 und Bahn. Wir treten für einen weiteren Ausbau und die Optimierung der Angebote im
792 Rheinland-Pfalz-Takt ein. Dieses Erfolgsmodell des FDP-geführten Verkehrsministeriums
793 muss zugleich auch unter wirtschaftlichen Aspekten weiter optimiert werden. Dabei kommt
794 einer verstärkten Abstimmung und effektiven Verknüpfung mit dem straßengebundenen
795 ÖPNV und dem motorisierten und nicht motorisierten Individualverkehr eine entscheidende
796 Bedeutung zu. Das erfolgreiche ÖPNV-Modell Rhein-land-Pfalz Nord für ein geschlossenes
797 und abgestimmtes Gesamtangebot auf Schiene und Straße soll dazu landesweit ausgeweitet
798 werden. Bei der Finanzierung der ÖPNV-Angebote setzt die FDP weiter auf wettbewerbliche
799 Verfahren, um das beste Angebot für die Menschen in Rheinland-Pfalz bereitstellen zu
800 können.

801

802 Im Bereich der Schieneninfrastruktur gibt es insbesondere im Zulauf auf die Ballungszentren
803 auch über die Landesgrenzen hinaus Ausbaubedarf. So ist z.B. für eine grundlegende
804 Verbesserung der Bedienungsqualität von der Nahestrecke über Mainz nach Frankfurt ein
805 drittes Gleis zwischen Gau-Algesheim und Mainz notwendig, auch von Mainz nach Frankfurt
806 gibt es in der Langfristperspektive Ausbaubedarf. Der Bau neuer Bahnhöfe mit potentiell
807 hoher Nachfrage ist ein Beitrag, den Menschen den Umstieg vom Individualverkehr zum
808 Schienenverkehr zu erleichtern. So würde z.B. der Bau eines neuen Bahnhofs Mainz-Schott

809 die Verbindung von der Nahestrecke zum neuen Stadtgebiet am Zollhafen und nach
810 Wiesbaden deutlich attraktiver gestalten. Notwendig für einen attraktiven ÖPNV ist aber
811 auch, dass der Gesetzgeber das Personenbeförderungsgesetz für neue Angebotsformen
812 stärker öffnet. Dafür setzen wir uns ein.

813

814 **ÖPNV im ländlichen Raum sichern**

815 In den Regionen, die von Strukturwandel und von Bevölkerungsrückgängen betroffen sind,
816 steht die Verkehrspolitik vor besonderen Herausforderungen, um flächendeckende
817 Angebote aufrecht zu erhalten. Wir Freien Demokraten wollen, dass die ländlichen Regionen
818 mit dem öffentlichen Personennahverkehr angemessen erreichbar bleiben. Damit kann ein
819 Beitrag dazu geleistet werden, weitere Abwanderungen zu vermeiden. Dafür ist eine
820 grundlegende Flexibilisierung der Angebote erforderlich. Dabei wollen wir die Chancen der
821 Digitalisierung für eine Flexibilisierung von Haltestellen und Bedienzeiten durch
822 bedarfsgesteuerte Angebote wie beispielsweise Rufbusse oder Anrufsammeltaxen nutzen.
823 Ebenso können Formen des Ride-Sharing ein Beitrag sein, die Mobilität im ländlichen Raum
824 zu verbessern. Die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements im Rahmen von
825 Bürgerbussen ist für uns Bestandteil dieser Politik.

826

827 **Radverkehr fördern**

828 Die ideologiefreie und bedarfsgerechte Förderung des Radverkehrs im Alltagsverkehr ist für
829 die FDP unverzichtbarer Teil einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Das Fahrrad hat durch die
830 rasant steigende Zahl von E-Bikes und Pedelecs im Tourismus und als alltägliches
831 Verkehrsmittel neue Perspektiven. Der Entwicklung hin zu diesem umweltfreundlichen
832 Verkehrsmittel muss durch Infrastrukturmaßnahmen wie beispielsweise den Bau von
833 Pendler-Schnellwegen unter Einbindung vorhandener Radwege mit dem Ziel attraktiver
834 Reisezeiten Rechnung getragen werden. Im ländlichen Raum bestehen Chancen,
835 beispielsweise durch Bau von Bike- und Ride-Parkplätzen und sicheren
836 Aufbewahrungsmöglichkeiten an Bahnhöfen die Nutzung des Fahrrads im kombinierten
837 Verkehr weiter voran zu bringen. In den Städten können attraktive Fahrradvermietsysteme
838 wie z.B. das System in Mainz den Anteil des Fahrradverkehrs weiter steigern.

839

840 **Bessere Luft in den Städten**

841 Wir wollen saubere Luft in Städten und Gemeinden. Die verstärkte Nutzung von ÖPNV und
842 Fahrradverkehr sind dabei wichtige Bausteine. Verkehrsverbote für Diesel-PKW und
843 Einführung einer blauen Plakette halten wir für den falschen Weg. Um die
844 Schadstoffbelastung vor allem in den Ballungsräumen mit zu hohen NOx-Belastungen zu
845 reduzieren, sind für uns Freie Demokraten folgende Maßnahmen vordringlich:

- 846 • Die kurzfristige Nachrüstung vorhandener Busse mit
847 Abgasreinigungssystemen. Gerade Flottenfahrzeuge mit hohen
848 Fahrleistungen wie Diesel-Busse oder Taxen tragen zu einem erheblichen
849 Teil zur innerstädtischen Schadstoffbelastung bei.

- 850
- Die schnelle Beschaffung schadstoffarmer bzw. -freier Busse und
- 851 Kommunalfahrzeuge. Der geplante Einsatz von Wasserstoff-Bussen im
- 852 Ballungsraum Mainz/Wiesbaden weist dabei in die richtige Richtung.
- Der Ausbau von Ladestrom-Stationen für Elektrobusse, der Umbau von
- 853 Betriebsbahnhöfen für Hybrid- und Elektro-Busse und die Stromnetz-
- 854 Ertüchtigung für Ladestrom sind weitere wichtige Maßnahmen.
- 855
- 856

857 Wir setzen uns dafür ein, dass von Bund und Land dazu angebotene Fördermaßnahmen von

858 rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden konsequent genutzt werden.

859

860 **Verkehrslärm richtig bekämpfen**

861 Verkehr verursacht Lärm, der die Gesundheit beeinträchtigen kann. Wir Freien Demokraten

862 setzen uns vor allem für einen Lärmschutz ein, der an der Lärmquelle ansetzt.

863 Straßenverkehr, Schienenfahrzeuge und Flugzeuge müssen leiser werden. Deshalb sind wir

864 für eine weitere Schärfung des lärmabhängigen Trassenpreissystems im Schienenverkehr

865 und für eine stärkere Berücksichtigung der Lärmkomponenten in den Start- und

866 Landegebühren für Flugzeuge, insbesondere am Flughafen Frankfurt. Das schafft Anreize,

867 leisere Fahr- und Flugzeuge einzusetzen. Änderungen der An- und Abflugverfahren, die zu

868 einseitigen Belastungen der Menschen in Mainz und Rheinhessen führen, lehnen wir ab.

869 Eine durchgreifende Entlastung des Rheintals vom Lärm der Güterzüge setzt den Bau einer

870 alternativen Güterverkehrsstrecke zwischen den Ballungsräumen Köln und dem Rhein-Main-

871 Gebiet voraus. Beim Ausbau von Autobahnen und großräumigen Straßenverbindungen ist

872 auf einen optimalen Lärmschutz zu achten.

873

874 **Mobilität 4.0**

875 Welcher technische Weg für die Antriebssysteme der Zukunft der richtige ist, kann nicht die

876 Politik entscheiden. Deshalb ist ein technologieoffener Ansatz richtig. Elektro-mobilität, neue

877 Antriebssysteme, autonomes Fahren und die Digitalisierung werden die Verkehrssysteme

878 auch auf kommunaler Ebene nachhaltig verändern. Wir Freien Demokraten wollen die

879 Chancen der Digitalisierung für ein modernes Verkehrsmanagement mit intelligenter

880 Verkehrsführung, für neue Mobilitätskonzepte wie z.B. Ride- oder Car- und Bike-Sharing

881 nutzen. In der Entwicklung hin zum autonomen Fahren sehen wir nicht zuletzt neue

882 Perspektiven für eine selbstbestimmte Mobilität und weniger Barrieren auch für diejenigen,

883 deren Mobilität eingeschränkt ist. Autonomes Fahren kann auch ein Beitrag zur Sicherung

884 der Mobilität im ländlichen Raum sein.

885

886 **Neue Konzepte für Alt und Jung**

887 Die nötige und von älteren Menschen besonders geschätzte Verbesserung des Wohnumfelds

888 ist eng mit der erfolgreichen Werbung um Bewohner verbunden, die noch im Erwerbsleben

889 stehen. Diese Bevölkerungsschicht trägt in den Innenstädten sowohl durch die Stärkung des

890 Dienstleistungssektors und des Handels als auch durch eine „Vergleichmäßigung“ der

891 Altersstruktur zur erwünschten Attraktivität der Innenstädte für alle Menschen bei.

892
893 Wir Freien Demokraten begrüßen die zunehmende Entwicklung von sozialraumorientierten
894 Mehrgenerationenkonzepten in denen Alt und Jung sich gegenseitig unterstützen können
895 und werden kommunale Flächen hierfür vorrangig den Wohnungsbaugesellschaften zum
896 Kauf anbieten. Wir wollen damit breiten Kreisen der Bevölkerung, sowie älteren Menschen
897 und Menschen mit Beeinträchtigungen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben
898 ermöglichen. Auch private Wohnungsbaugenossenschaften oder Wohngemeinschaften
899 können hier der richtige Ansatz sein, der eine kommunalpolitische Unterstützung verdient.

900

901 **Gleiche Wettbewerbsbedingungen bei Vermietungen**

902 Internetportale wie Airbnb, 9Flats oder Wimdu machen gewerblichen Zimmervermietungen
903 Konkurrenz, ohne die Vielzahl gesetzlicher Auflagen zu erfüllen. Auch werden keine Steuern,
904 Abgaben und Gebühren in gleicher Höhe bezahlt. Neue Geschäftsmodelle, die im
905 Wesentlichen auf einer Umgehung gesetzlicher Vorschriften beruhen, sind mit unseren
906 Vorstellungen von einem fairen Wettbewerb nicht vereinbar. Wir Freie Demokraten wollen,
907 dass bestehende und neue Geschäftsmodelle im fairen Wettbewerb miteinander stehen.
908 Wenn und solange dies nicht der Fall ist, müssen die Kommunen geeignete Instrumente
909 haben, um korrigierend eingreifen zu können.

910

911 **Energetische Quartierskonzepte im Neubau**

912 Die FDP begrüßt die Tendenz, dass die neuen Quartiere, dort wo es auch ökonomisch
913 sinnvoll ist, energiewirtschaftlich als nachhaltige Gesamtsysteme geplant werden. Die
914 Abstimmung von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung erfolgt dabei ohne Anschluss- und
915 Benutzungszwang technologieoffen und dezentral im Quartier.

916

917 Der Wertschöpfungsprozess wird durch das Echtzeitmanagement der verfügbaren virtuellen
918 Kraftwerke und Nahwärmenetze ins Quartier hin zu den einzelnen Akteuren verschoben.
919 Zum Ausgleich der teilweise fluktuierenden Strom- u. Wärmeerzeugung werden zentrale
920 Speicher in den Quartieren eingeplant.

921

922 Über Mieterstrommodelle, Mobilitäts-HUBs, Parkplatzmanagement und Car-Sharing-
923 Angebote wird zusätzlicher Komfort für die Nutzer im Quartier geschaffen.

924

925 **Energetische Sanierung in bestehenden Quartieren**

926 Wir Freie Demokraten befürworten die deutliche Steigerung der Energieeffizienz als zentrale
927 Zielsetzung der energetischen Sanierung in bestehenden Quartieren. Wir wollen hin zu
928 integrierten, vernetzten Energiesystemen inkl. Speichermöglichkeiten.

929

930 Die durch effizienten Energieeinsatz entstehenden Kostenvorteile können von allen
931 Akteuren im Quartier – Kommunen, Wohnungsunternehmen aber auch Eigentümern von
932 selbstgenutzten oder vermieteten Wohngebäuden, gleichermaßen genutzt werden.

933

934 **Kommunales Liegenschaftsmanagement mit Vorbildfunktion für private**
935 **Immobilienbesitzer**

936 In Bezug auf die Nutzung der eigenen Liegenschaften sind Kommunen aufgefordert, eine
937 Vorbildfunktion einzunehmen und wirtschaftlich sinnvolle energetische Modernisierung im
938 Gebäudebestand vorzunehmen.

939

940 **Energieeinsparungen im Gebäudebereich**

941 Wir Freie Demokraten erkennen die enormen Energieeinsparpotenziale bei
942 Bestandsgebäuden. Doch bei einer kontinuierlichen Verschärfung der gesetzlichen Standards
943 wird die zusätzlich einsparbare Energiemenge eher kleiner statt größer. Denn nicht jeder
944 kann sich die Umsetzung der geforderten kostenintensiven Maßnahmen leisten, bzw. will die
945 Kosten dafür nicht an seine Mieter weitergeben. Durch Schaffung und Stärkung neutraler
946 bzw. kommunaler Beratungsangebote wollen wir insbesondere auf die vielen kleinen und
947 kostengünstigen Maßnahmen aufmerksam machen, die bereits zu erheblichen
948 Energieeinsparungen und damit zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen können.

949

950 **Vielfältige Verantwortungsvolle Gesellschaft**

951 Das liberale Bild von Familien und Partnerschaft steht für eine eigenständige
952 Verantwortungsgemeinschaft, basierend auf der Mündigkeit des Einzelnen. Die Kommune
953 hat, dort wo sie zuständig ist, gute Rahmenbedingungen durch eine familienfreundliche
954 Kultur und Infrastruktur zu schaffen.

955

956 Aus diesem Grunde fordern wir:

- 957
- 958 • Die Kommunen haben im Rahmen ihrer Verantwortung eine gleichberechtigte und
diskriminierungsfreie Gesellschaft zu fördern.
 - 959 • Ziel liberaler Politik ist die tatsächliche Barrierefreiheit in der Kommune in all ihren
960 Facetten. Nicht nur der öffentliche Raum, sondern auch die Kommunikation zwischen
961 Verwaltung und Bürger muss barrierefrei sein.
 - 962 • Die Ganztagsangebote, die sich am liberalen Konzept der weltbesten Bildung
963 orientiert, für Kinder und Jugendliche sowohl quantitativ als qualitativ zu sichern, um
964 Familien Wahlfreiheit zu gewährleisten.
 - 965 • Den bestehenden Anspruch auf einen Kindertagesstätten Platz für die unter
966 Dreijährigen umzusetzen, unter Beachtung des Konnexitätsprinzips. Förderungen des
967 Bundes müssen ungemindert und zeitnah an die Kommunen weitergereicht werden.
 - 968 • Gleichberechtigte Trägerschaften in der Frühkindlichen Bildung, auch bei privaten
969 Initiativen und betrieblichen wie gewerblichen Angeboten.
 - 970 • Den weiteren Ausbau von Betriebskindergärten durch den Abbau von bürokratischen
971 Hemmnissen zu erleichtern.

- 972 • Flexible Öffnungszeiten der Kindertagesstätten und frühkindlichen
973 Bildungseinrichtungen, die mit dem Berufsleben vereinbar sind.

974

975 **Wir brauchen die Erfahrung, Vitalität und das Engagement der Senioren**

976 Die FDP steht für eine generationengerechte Politik in den Kommunen. Wir brauchen
977 Menschen mit Erfahrung, Vitalität und Engagement. Die FDP unterstützt daher das
978 zunehmende Engagement ältere Mitbürger auch im Ehrenamt.

979 Wir wollen damit die Lebenserfahrung von Senioren genutzt wissen, da in einer
980 schrumpfenden Gesellschaft das Miteinander der Generationen zur Milderung der damit
981 verbundenen Probleme beiträgt. Im Zuge dessen müssen die Rahmenbedingungen für das
982 Ehrenamt in der Kommune insgesamt gestärkt und die Anerkennung der dort erbrachten
983 Leistungen mehr in den Fokus kommunaler Politik gesetzt werden.

984 Aus diesem Grunde fordern wir:

- 985 - Die bessere Nutzung von Potenzialen und Erfahrungen der älteren Generation.
- 986 - Eine altersgerechte kommunale Infrastruktur für größtmögliche Mobilität älterer
987 Menschen.
- 988 - Die Unterstützung des lebenslangen Lernens in kommunalen Einrichtungen, die auch
989 die Möglichkeit einschließt, durch digitale Angebote teilhaben zu können.
- 990 - Eine verstärkte Motivation zur Mitwirkung an Seniorenvertretungen und -beiräten.
- 991 - Eine Förderung von Generationen übergreifenden Projekten in der Kommune.
- 992 - Einrichtung von Senioren Service Stellen in den Rathäusern.
- 993 - Ansprechpartner in den Gemeindeverwaltungen für Information, Beratung und
994 Fragen rund um das Alter und Älterwerden.
- 995 - Vermittlung zu weiteren sozialen Einrichtungen und Diensten.
- 996 - Erstellen einer Konzeption für altersgerechte Teilhabe an der Gesellschaft.
- 997 - Infoportal für Senioren auf der Homepage der Gemeindeverwaltung.
- 998 - Einrichtung von Seniorenbeiräten in jeder Gemeinde.
- 999 - Kurse für Senioren zur Nutzung digitaler Medien.
- 1000 - Begegnungsstätten für Jung und Alt.
- 1001 - Bei Ortsentwicklungen die Berücksichtigung der Interessen der Senioren wie z.B.
1002 Rollator gerechte Straßenquerungen.
- 1003 - Die Schaffung von Angeboten von ausreichend Aufenthalts-, Ruhe- und
1004 Sitzgelegenheiten in den Gemeinden.
- 1005 - Ehrenamtliche Freizeit- und Bildungsangebote für Senioren.
- 1006 - Einrichtung einer Ehrenamtsbörse zum Austausch von Angeboten und Nachfrage zur
1007 Hilfe von Alltagsbewältigungen.

1008

1009 **Jugend**

1010 Jugend muss ihre direkte Umgebung mitgestalten können. Dazu muss sie früh teilhaben
1011 können an Politik. Die Jugend hat einen Anspruch auf die Weltbeste Bildung. Die Kommunen
1012 werden daher aufgefordert, die schulische Ausstattung entsprechend auf einem hohen
1013 qualitativen Stand zu bringen und fortlaufend anzupassen.

1014 Aus diesem Grunde fordern wir:

- 1015 • Kommunales Wahlrecht ab 16. Lebensjahr.
- 1016 • Die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die sie betreffenden
1017 Entscheidungsprozesse.
- 1018 • größtmögliches kommunales Engagement bei der Modernisierung der schulischen
1019 Ausstattung.

1020

1021 **Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit**

1022 Eine moderne Kulturpolitik ist ein urliberales Anliegen. Sie gehört zum Kernbestand der
1023 kommunalen Selbstverwaltung. Die soziale und integrative Funktion von Kultur garantiert
1024 den Zusammenhalt einer Gesellschaft.

1025

1026 Ein breit gefächertes Kulturangebot – auch grenzübergreifend – beeinflusst Lebensqualität,
1027 fördert und unterstützt Attraktivität und Identifikation mit der jeweiligen Region.

1028 Die FDP fordert, dass Kulturförderung zielgerichtet, transparent und am jeweiligen Bedarf
1029 der Bürger und Kommunen orientiert erfolgt. Wichtig sind digitale, wie auch traditionelle
1030 Kulturangebote.

1031

1032 Bibliotheken, Archive und Akademien sind in zu unterstützen, ihre Nutzerfreundlichkeit muss
1033 erhalten und gefördert werden.

1034

1035 Denkmalschutz und zeitgenössische Architektur sind zu fördern, historisch wertvolles Erbe
1036 ist zu bewahren und zugänglich zu machen.

1037

1038 Musikalische und künstlerische Bildung ist zu erweitern, eine lebendige Theaterlandschaft ist
1039 zu erhalten, Ausstellungs- und Probemöglichkeiten sollen vorhanden sein.

1040

1041 Den Kommunen muss es möglich sein, herausragende kulturelle Projekte oder Institutionen
1042 in den Katalog kommunaler Pflichtenaufgaben zu übernehmen und sie damit in ihrem Bestand
1043 zu sichern.

1044

1045 Kulturförderung darf nicht kommunalen Sparmaßnahmen zum Opfer fallen.
1046 Alle Fördermaßnahmen müssen jeweils an Qualitätskriterien gebunden sein.

1047

1048 **Wir machen Landwirtschaft und Weinbau zukunftsfähig**

1049 Die Agrarwirtschaft (hier: Landwirtschaft, Weinbau, Viehzucht, alle grünen Berufe) ist eine
1050 der tragenden Säulen unserer Wirtschaft. Rund 17.000 Betriebe in Rheinland-Pfalz
1051 produzieren Lebensmittel von internationaler Spitzenqualität. Für uns Freie Demokraten ist
1052 es daher selbstverständlich, dass wir die Interessen unserer Agrarwirtinnen und Agrarwirte
1053 im besonderen Maße berücksichtigen.

1054

1055 Für uns stehen ökologische und konventionelle Landwirtschaft nicht im Gegensatz
1056 zueinander. Wir wollen es den Landwirtinnen und Landwirten selbst überlassen, wie sie
1057 anbauen und produzieren. Aus unserer Sicht ist es nicht die Aufgabe der Politik darüber zu
1058 entscheiden, welche Form der Landwirtschaft die „Richtige“ ist. Unsere
1059 Landwirtschaftspolitik ist ganzheitlich und hat die vielfältigen Interessen der ganz
1060 unterschiedlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz im Blick.

1061

1062 Wir Freie Demokraten wollen, dass sich unsere Landwirtinnen und Landwirte auf das
1063 konzentrieren können, was sie am besten können: Die Produktion von Lebensmitteln
1064 höchster Qualität. Dafür ist es notwendig, bürokratische Auflagen stetig zu evaluieren, auf
1065 ihre Notwendigkeit hin zu untersuchen und gegebenenfalls abzuschaffen.

1066

1067 Wir wollen die Diskussionen um Dünge- und Pflanzenschutzmittel versachlichen. Gleichzeitig
1068 ist es notwendig, dass die Forschung im Bereich des Pflanzenschutzes vorangetrieben wird,
1069 notwendige Zulassungsverfahren evaluiert werden und der Markt für innovative Produkte
1070 geöffnet ist.

1071

1072 Mit unserer Politik bieten wir unserer bäuerlich geprägten Landwirtschaft passgenaue
1073 Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft. Besonders mit Blick auf die anstehende
1074 Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) setzen wir uns
1075 nachdrücklich dafür ein, dass die Interessen unserer heimischen Landwirtinnen und
1076 Landwirte auch auf der europäischen Ebene berücksichtigt werden. Dazu gehört es, dass die
1077 bestehende Zwei-Säulen-Struktur der Agrarförderung auch über das Jahr 2020 hinaus
1078 erhalten bleibt. Gleiches gilt für die Strukturförderung der ländlichen Räume.

1079

1080 Denn: Landwirtschaftspolitik ist nicht nur Fachpolitik für einen Berufsstand. Der ländliche
1081 Raum als Lebensraum eigener Art ist Heimat in einer sehr ursprünglichen Form und auch ein
1082 wesentlicher Zielpunkt für den Tourismus.

1083

1084 Erfahrungen mit und in unseren Kulturlandschaften und deren Kontext zu benachbarten
1085 naturgegebenen Strukturen schaffen gerade in Zusammenhang mit entsprechenden
1086 Angeboten der landwirtschaftlichen Branche selbst Bildungs- und Erlebnisräume, die einer
1087 Entkopplung der Menschen von der Landwirtschaft, ihren Arbeitsweisen und schlussendlich
1088 ihren Produkten entgegenwirken.

1089

1090 Ganz eng mit diesen Erfahrungen verbunden sind Mehrwerte in der Ernährungsbildung, in
1091 ökologischem Grundwissen und naturgesetzlichen wie auch naturwissenschaftlichen
1092 Zusammenhängen.

1093

1094 **Ländliche Räume gestalten**

1095 Ebenso fördert unsere Politik der ländlichen Räume den Gemeinschaftssinn und die Liebe zur
1096 Heimat. Auch schaffen wir so ein besseres Verständnis von Natur und Umwelt.

1097 Schlussendlich muss aber auch im Fokus stehen, dass der landwirtschaftliche Sektor zu
1098 allererst ein Wirtschaftssektor ist.

1099

1100 Über die Wertschöpfung durch die Ernte landwirtschaftlicher Produkte hinaus, ist er
1101 Wegbereiter des Tourismus, Rohstoff – und auch Energielieferant.

1102 Eine fortschrittliche und nachhaltige Landwirtschaft ist im übrigen Treiber von Industrie und
1103 Forschung, sowohl im Maschinenbau wie auch in Chemie- und biotechnischen
1104 Unternehmen.

1105

1106 Viele mittelständische Unternehmen (seien sie aus dem Handwerk wie auch der
1107 Beratungsbranche) sind mit einer erfolgreichen Landwirtschaft verflochten, was den
1108 Agrarsektor insgesamt zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor macht.

1109 Der digitale Wandel ist Herausforderung und Chance zugleich. Wir setzen uns dafür ein, dass
1110 die Potenziale der Digitalisierung für die Landwirtschaft noch besser nutzbar gemacht
1111 werden können. Dazu ist es notwendig, jeden Hof des Landes an ein leistungsfähiges
1112 Breitbandnetz auf Glasfaserbasis anzuschließen. Ebenso wollen wir die Berichts- und
1113 Statistikpflichten vereinfachen. In Zukunft muss es möglich sein, jeden Vorgang digital
1114 erfassen und verarbeiten zu können. Um dies zu ermöglichen, müssen die vielfältigen
1115 Agrarverwaltungen modernisiert und mit entsprechender Infrastruktur ausgestattet werden.
1116 Wir Freie Demokraten setzen uns für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) in grünen Berufen
1117 ein. So kann es gelingen, junge Menschen frühzeitig für einen landwirtschaftlichen Beruf zu
1118 begeistern. Darüber hinaus sind junge Menschen die besten Botschafter für diesen
1119 Berufszweig und können als Multiplikatoren dazu beitragen, das Bild der Landwirtschaft als
1120 moderne, zukunftsorientierte Branche in der Öffentlichkeit zu stärken.

1121

1122 Die Freien Demokraten in Rheinland-Pfalz sind der verlässliche Partner der Landwirtschaft.

1123

1124 **Umweltschutz durch Innovation und Forschung**

1125 Die Freien Demokraten stehen für eine Umweltpolitik, die von Vernunft geleitet ist. Wir
1126 treffen Entscheidungen nicht auf der Basis von Ideologie. Für uns zählen Fakten und die Kraft
1127 des sachlichen Arguments. Wir bringen die berechtigten Interessen der Menschen, der
1128 Landwirtschaft und unserer Unternehmen in den Einklang mit ökologischen
1129 Notwendigkeiten. Unsere Umweltpolitik setzt nicht auf Verbote. Statt Paragraphen,
1130 Vorschriften und Gesetze zu verschärfen, investieren wir in Forschung und Entwicklung. Der
1131 beste Umweltschutz gelingt durch Weiterentwicklung von Technologie und Innovation.
1132 Der Schutz unserer Umwelt ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Es ist die
1133 Verantwortung von uns allen, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder und Enkel in einem
1134 intakten Ökosystem aufwachsen können. Der Erhalt der Artenvielfalt, die Pflege unseres
1135 Waldes und die stetige Verbesserung der Wasserqualität stehen in unserer Umweltpolitik im
1136 besonderen Fokus.

1137

1138 Regenerative Energien spielen im Energiemix der Zukunft eine wichtige Rolle. Daher ist es
1139 von besonderer Bedeutung, den weiteren Ausbau dieser Form der Energieerzeugung in
1140 geordnete Bahnen zu lenken. Dazu gehört es auch, die Forschung im Bereich der
1141 Speichertechnologien weiter auszubauen und entsprechende finanzielle Mittel dafür
1142 bereitzustellen. Nur mit leistungsfähigen Stromspeichern kann es gelingen, regenerativ
1143 produzierte Energie über einen längeren Zeitraum wirtschaftlich nutzbar zu machen.
1144 Die Verbesserung der Luftqualität in unseren Städten ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.
1145 Dadurch steigern wir nicht nur die Lebensqualität in den urbanen Bereichen unseres Landes,
1146 sondern wir sorgen gleichzeitig auch dafür, dass Fahrverbote vermieden werden können.
1147 Dabei schließen sich individuelle Mobilität und Umweltschutz nicht gegenseitig aus. Wir
1148 setzen uns dafür ein, die ÖPNV-Flotten zu modernisieren und auf umweltschonende
1149 Antriebstechniken umzustellen, dabei sind wir auf keine Antriebstechnik fokussiert, sondern
1150 absolut technologieoffen. Gleichzeitig wollen wir den innerstädtischen Verkehr mit smarten
1151 und digitalen Verkehrsleitsystemen effizienter machen und somit den Schadstoffausstoß
1152 reduzieren. Ebenso wollen wir das Prinzip der „Grünen Welle“ in unseren Städten und
1153 Gemeinden flächendeckend einführen.

1154
1155 E-Mobilität wird in Zukunft eine immer größere Rolle spielen. Der Markt für elektrisch
1156 betriebene Fahrzeuge wächst stetig und immer mehr Menschen setzen auf E-Fahrzeuge. Um
1157 diesem Umstand Rechnung zu tragen setzen wir uns dafür ein, die Zahl der Ladesäulen in
1158 unseren Städten und Gemeinden auszubauen.

1159

1160 **Moderner Umweltschutz nur im Einklang mit der Landwirtschaft**

1161 Der ländliche Raum ist für uns ein eigenständiger Wirtschafts-, Lebens- und
1162 Entwicklungsraum. Er ist keine „Restfläche“ für Wasserschutzzonen und ökologische
1163 Ausgleichsräume.

1164

1165 Durch staatliches Handeln dürfen Eigentumsrechte nicht ersatzlos verloren gehen.
1166 Sozialbindung darf nicht zur Nutzungsenteignung führen. Auflagen und Gebote der Umwelt-
1167 und Naturschutzpolitik, die nicht fachlich begründet und gerechtfertigt sind, sind
1168 aufzuheben. Es muss zu einem fairen Interessenausgleich nach dem Prinzip des „Gebens und
1169 Nehmens“ mit den Nutzern der Flächen kommen.

1170

1171 Das Prinzip „Pflege durch Nutzung“ muss weiter ausgebaut und in stärkerem Umfang
1172 angewandt werden, damit die landwirtschaftlichen Nutzflächen in den Händen der
1173 Bäuerinnen und Bauern bleiben. Vertragsnaturschutz hat für die FDP eindeutig Vorrang
1174 gegenüber ordnungspolitischen Maßnahmen. Die gute landwirtschaftliche Praxis muss im
1175 Sinne der naturschutzfachlichen Anforderungen des Bundesnaturschutzgesetzes als
1176 gesetzeskonform gelten.

1177

1178 Wir Freie Demokraten stehen zu unserer Verantwortung für den Umwelt- und Naturschutz;
1179 vernünftiger Umweltschutz muss realistisch und realisierbar sein. Nachhaltigkeit kann dabei
1180 nur in europäischer und internationaler Kooperation und frei von ideologischen
1181 Übertreibungen zum Erfolg geführt werden.

1182

1183 Daher fordern die Freien Demokraten:

1184 • die Nutzung von Ökokonten zu unterstützen, um sinnvolle Ausgleichsmaßnahmen zu
1185 erreichen, durch ökologisch und ökonomisch tragfähige Bewirtschaftungskonzepte
1186 mit der Land- und Forstwirtschaft die Kulturlandschaft zu pflegen und weiter zu
1187 entwickeln.

1188 • Natur- und Landschaftsschutzgebiete insbesondere durch Vertragsnaturschutz mit
1189 den örtlichen Land- und Forstwirten sowie den Fischern und Jägern nachhaltig zu
1190 erhalten. Damit soll die ökologisch wertvolle Kulturlandschaft gepflegt werden.

1191 • Eine weitere Verschärfung des Bundesnaturschutzgesetzes auf Landesebene durch
1192 weitergehende Landesgesetze lehnen die Freien Demokraten im Interesse der
1193 innerstädtischen Entwicklung und der Bauleitplanung ab.

1194

1195 **Natur und Stadt**

1196 Wir Freie Demokraten treten auch in den Innenstädten für Naturschutz und Rückzugsräume
1197 für kleine Wildtiere, Vögel und Insekten ein. Wir begrüßen aktuelle Trends wie Stadtimkerei
1198 auf den Dächern, Urban Gardening bis hin zu Vertical Farming. Natürliche Parks und
1199 Grünflächen wollen wir in diesem Zusammenhang, auch zu Gunsten eines besseren Klimas
1200 und zur Senkung der Temperaturen in den Innenstädten pflegen und erhalten.

1201

1202 **Denken wir neu in der Umweltpolitik**

1203 Zwar ist im Umweltschutz manches erreicht worden, damit wollen wir uns allerdings nicht
1204 zufriedengeben, zumal neue Probleme, wie durch den Ausbau erneuerbarer Energien,
1205 hinzukommen. Wir setzen auf einen intelligenten Umweltschutz, auf kooperative Formen,
1206 wie zum Beispiel den Vertragsnaturschutz. Auch in der Umweltpolitik wollen wir die
1207 Menschen nicht gängeln, sondern überzeugen.

1208

1209 **Forstwirtschaft**

1210 Rheinland-Pfalz ist eines der walddreichsten Bundesländer Deutschlands. Die Freien
1211 Demokraten sind sich der vielfältigen Bedeutung des Waldes und der Forstwirtschaft für
1212 unser Land bewusst. Deshalb unterstützen wir eine multifunktionale Forstwirtschaft, die
1213 durch naturnahe Bewirtschaftungsformen ordnungsgemäß und nachhaltig ist.
1214 Die Holzvermarktung ist für die Forstwirtschaft von zentraler Bedeutung. Um den Verkauf
1215 unseres Holzes nach der notwendig gewordenen Neustrukturierung der Holzvermarktung
1216 weiterhin effektiv und für alle Akteure gewinnbringend organisieren zu können, werden wir
1217 den Wandel des Vermarktungswesens positiv begleiten. Dies bedeutet, dass wir die
1218 waldbesitzenden Kommunen beim Aufbau der neuen Strukturen für die Holzvermarktung
1219 unterstützen und fördern wollen.

1220

1221 **Hochwasserschutzprogramme fortführen**

1222 Wegen der klimatischen Veränderungen und den damit einhergehenden Veränderungen des
1223 Abflussverhaltens sollen die erfolgreichen Hochwasserschutzprogramme landesweit

1224 fortgesetzt werden. Hochwasserschutz beginnt bei der Verlangsamung des
1225 Oberflächenabflusses durch Entsiegelung, Wiederaufforstungen von Brachflächen und
1226 schließt auch technische Hochwasserabwehrmaßnahmen, die örtlich begrenzt erforderlich
1227 werden können, ein. Das Prinzip, die vorhandenen Überflutungs- bzw. Retentionsräume zu
1228 erhalten und zu pflegen, muss auch in Zukunft verfolgt werden, zu prüfen sind erforderliche
1229 Erweiterungen. Die Vermeidung von Versiegelung ist zu prüfen.

1230

1231 **Wasserqualität erhalten und verbessern**

1232 Wir wollen das Trinkwasser in der gewohnten besten Qualität und ausreichenden Menge in
1233 Rheinland-Pfalz erhalten wissen; darum hat vorsorgendes Denken für die Liberalen nach wie
1234 vor höchste Priorität. Eine nachhaltige Sicherung ist nur dann möglich, wenn insbesondere
1235 das Grundwasser flächendeckend vor Verunreinigungen geschützt wird. Deshalb müssen
1236 Einträge (z. B. aus Landwirtschaft, Industrie, Bergbau sowie Medikamente) immer dort
1237 reduziert werden, wo eine Gefährdung vorliegt. Es gilt das Verursacherprinzip. Die
1238 Verantwortung und die Qualitätskontrolle für das Trinkwasser sind als eine zentrale Aufgabe
1239 der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunaler Verantwortung zu belassen. Dies gilt
1240 ebenso für die zahlreichen Mineralquellen in RLP.

1241

1242 **Abfallwirtschaft**

1243 Die Freien Demokraten treten für eine ökologisch anspruchsvolle und wirtschaftlich sinnvolle
1244 Abfallwirtschaftspolitik ein. Im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes müssen Vermeidung
1245 und Verwertung den Vorrang vor der Beseitigung haben. Der erreichte technische Standard
1246 soll weiter ausgebaut werden und für weitere Verbesserungen und Kosteneinsparungen
1247 genutzt werden.

1248

1249 Wir Freie Demokraten sehen es nicht als tabu an, in den Kommunen über die Biotonne zu
1250 diskutieren. Wo die Produktion von Kompost keine ökologischen Vorteile mit sich bringt,
1251 sollte eine gemeinsame Entsorgung der Bioabfälle mit dem Hausmüll erfolgen. Die
1252 Kommunen sollen Eigenkompostierung in Ihren Satzungen zulassen können, sofern diese auf
1253 dem jeweiligen privaten Grundstück ordnungsgemäß durchgeführt werden und der erzeugte
1254 Kompost verwertet werden kann. Die Sicherheit der Entsorgung ist zu gewährleisten.

1255 Wir unterstützen private Investitionen und Vorhaben, die die umweltverträgliche Entsorgung
1256 von Abfällen langfristig sicherstellen sollen, insbesondere dort, wo die öffentliche Hand
1257 diese Aufgabe nicht mehr im gebotenen Umfang wahrnehmen will und kann, und begrüßt
1258 Public-Private-Partnership Modelle (PPP), die zur Umsetzung dieses Zieles dienen.

1259 Wir Freie Demokraten fordern, dass sich die öffentliche Hand zur Verwertung und zum
1260 Recycling von geeigneten Abfällen im Rahmen ihrer Bautätigkeit bekennt und in ihren
1261 Ausschreibungen berücksichtigt.

1262

1263

1264 **Selbstbestimmt in allen Lebenslagen**

1265

1266 **Freie Demokraten - die Partei der Bürgerrechte.**

1267 Freiheit ist ohne staatlichen Schutz nicht denkbar, sie muss vor Übergriffen Dritter, aber
1268 auch vor amtlichen Fehlern geschützt werden. Das Miteinander von Staat und Bürgern muss
1269 – soweit notwendig - klar geregelt und auch durchgesetzt werden.

1270 Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler Ebene ist ein unverzichtbares
1271 Element der Demokratie. Der unmittelbare Einfluss des Einzelnen in der Gemeinde muss
1272 gestärkt werden.

1273

1274 **Innere Sicherheit**

1275 Innere Sicherheit ist ein wesentliches Ziel liberaler Politik. Freiheit setzt voraus, dass die
1276 Menschen ohne Furcht vor Gewalt und Verbrechen leben können. Dazu muss die Polizei in
1277 der Fläche erhalten bleiben, von Verwaltungsarbeit entlastet und die Zahl der
1278 Polizeibeamtinnen und -beamten erhöht werden. Nur so können sie auf den Straßen präsent
1279 sein und Kriminalität effektiv bekämpfen.

1280

1281 **Kommunale Ordnungskräfte**

1282 Die personelle Ausstattung der Ordnungsdienste muss auf kommunaler Ebene verbessert
1283 werden. Diese können nur so eine sinnvolle Ergänzung der Vollzugspolizei sein. Bei Bedarf
1284 sollten die kommunalen Ordnungsdienste insbesondere bei Ruhestörungen,
1285 Müllproblematik, Vandalismus, Streitigkeiten, Belästigungen und sonstigen Dingen
1286 eingesetzt werden, die den Bürger empfindlich stören. So können auch die
1287 kommunalen Ordnungsdienste für die Sicherheit sorgen, die dem Bürger wichtig ist und vor
1288 Ort als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

1289

1290 **Digitalisierung verändert die Wirtschaftswelt**

1291 Digitalisierung wird nicht nur Auswirkungen auf die Industrie, sondern auch auf Handwerk,
1292 Dienstleistungen, Handel und Verkehr haben. Es entstehen völlig neue
1293 Wertschöpfungsketten und Netzwerke. Arbeitsinhalte und Arbeitsorganisation werden sich
1294 teils signifikant verändern. Darauf müssen sich Unternehmen vorbereiten, um auch künftig
1295 wettbewerbsfähig sein zu können. Heute können viele Mittelständler den wirtschaftlichen
1296 Nutzen der Digitalisierung noch nicht umsetzen. Oft fehlen das Fachwissen und die
1297 Fachkräfte. Dazu sollten in Koordination mit der Wirtschaftsförderung vor Ort als Erstkontakt
1298 entsprechende Beratungsleistungen angeboten werden. Auf dieser Basis sollen
1299 Wirtschaftsförderer, Kammern und Verbände eng zusammenwirken, um mittelständische
1300 Unternehmen auf diesem Weg zu begleiten und zu qualifizieren. Beispielhaft ist hier das
1301 Kompetenzzentrum Digitales Handwerk zu nennen.

1302

1303 **Breitbandversorgung ausbauen**

1304 Der Breitbandversorgungs-Ausbau ist Voraussetzung für zukunftsfähige
1305 Wirtschaftsstandorte. Betriebe leben vom Wissen und der schnellen Umsetzung ihrer Ideen
1306 in Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Digitalisierung und leistungsfähige Anbindung
1307 an das Internet sind Schlüsselfaktoren für Erfolg von Unternehmen. Kommunen müssen
1308 deshalb den schnellen Anschluss der Betriebe und Privathaushalte an ein leistungsfähiges
1309 Internet vorantreiben. Wo der Markt zu keiner ausreichenden Versorgung führt, müssen die
1310 Kommunen selbst tätig werden, um den Ausbau durch entsprechende Maßnahmen und
1311 Beschaffung notwendiger finanzieller Mittel zu organisieren.

1312

1313 **Netzwerke und Cluster fördern**

1314 Wirtschaft lebt von Vernetzung. Besonders mittelständische Unternehmen benötigen
1315 Kooperation und Know-how-Transfer mit anderen Unternehmen, Bildungsträgern,
1316 wissenschaftlichen und staatlichen Einrichtungen. Die Nutzung von Wissen und
1317 Kompetenzen in Netzwerken und Clustern fördert Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.
1318 Die Vernetzung sich ergänzender Unternehmen schafft Synergien und Mehrwerte. So
1319 entstehen neue Geschäftsideen, Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze. Die
1320 Einbindung von Start-Ups fügt neues Wissen hinzu und fördert deren Entwicklung.
1321 Regionale Cluster und Netzwerke leisten durch Bündelung von Kompetenzen bereits
1322 wichtige Beiträge zur Standortsicherung. Wir Freien Demokraten treten für die Förderung
1323 zukunftsorientierter Cluster auf Basis freiwilliger Kooperation von Betrieben ein.
1324 Initiiert, unterstützt und überregional vernetzt werden müssen die Cluster durch Aus- und
1325 Weiterbildungseinrichtungen, Wirtschaftsförderung, Kammern und Verbände.

1326

1327 **Medizinische Versorgung**

1328 Digitale Sprechstunden und weitere tele-medizinische Angebote ermöglichen uns einen
1329 schnellen und barrierefreien Zugang zu medizinischer Versorgung. Daher setzen wir uns für
1330 die Schaffung der entsprechenden infrastrukturellen Voraussetzungen ein.

1331

1332 Wir setzen uns ein für eine gute, flächendeckende medizinische und pflegerische
1333 Versorgung für alle Generationen unserer Bevölkerung vom Säugling bis zum Greis ein.
1334 Hierunter verstehen wir auch die wohnortnahe und patientenorientierte Versorgung.

1335

1336 Wir werden behutsame Maßnahmen unterstützen, die die sektorenübergreifende
1337 Versorgung unserer Bürger patientenorientiert und wohnortnahe jetzt und in Zukunft
1338 sichert.

1339

1340 Das duale Facharztsystem und das duale Versicherungssystem sind zu stabilisieren.
1341 Klares Bekenntnis zur Freiberuflichkeit der Ärzte und Psychotherapeuten, zur
1342 Selbstverwaltung und zum Ende der Budgetierung.

1343

1344 **Gesundheit**

1345 Für Gebiete, in denen ein Ärztemangel besteht, ist die Ansiedlung bzw. Förderung staatlicher
1346 medizinischer Einrichtungen kein Allheilmittel. Wir unterstützen daher die Möglichkeit von
1347 zentralen Zusammenschlüsse in fachlich interdisziplinären Partnerschaftsmodellen. In diesen
1348 Zentralen wird die ärztliche ambulante Bereitschaft in der Praxis freien Zeit sichergestellt -
1349 auch im ländlichen Bereich. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang jegliche Anreizsysteme
1350 durch Kommunen und das Land. Gesundheitszentren können vor allem im ländlichen Raum
1351 die gesundheitliche Grundversorgung nachhaltig sichern. Diese ermöglichen eine bessere
1352 Zusammenarbeit zwischen den Fachärzten, Befunde und eventuelle Überweisungen können
1353 aus einer Hand und unter einem Dach ablaufen.

1354 Eine qualitativ bessere ärztliche Versorgung kann auch durch die Nutzung digitaler
1355 Kommunikation zwischen Arzt und Patient sowie zwischen Ärzten ermöglicht werden, bspw.
1356 durch Austausch großer Dateien und Ausbau der Videomedizin, wie sie etwa für die
1357 begleitende telemedizinische Versorgung /Beratung chronischer Kranker (Diabetiker,
1358 Herzkranker, Rheumatiker, Schmerzpatienten, etc.) möglich ist. Telemedizin kann dabei aber
1359 nur einen Teil der ärztlichen Tätigkeit erfassen, sie ersetzt aber auf keinen Fall den
1360 persönlichen Kontakt zwischen Arzt und Patient.

1361 Wir unterstützen Weiterbildungs- und Niederlassungsprogramme, wie bspw. den
1362 Weiterbildungsverbund Allgemeinmedizin in Landau, in dem eine allgemeinärztliche
1363 Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin absolviert werden kann, unter der
1364 Bedingung einer anschließenden fünfjährigen Arbeitstätigkeit in der Region.

1365 Auch in der Krankenhausbehandlung können Fortschritte erzielt werden, indem bspw.
1366 Kinderstationen, wenn möglich, als Mutter-Kind-Stationen ausgebaut werden, um Kindern in
1367 dieser Situation Nähe zu vermitteln.

1368 Aus diesem Grunde fordern wir:

- 1369 - Die Schaffung von Medizinischen Zentren nach dem Vorbild des Medicenters
1370 Pirmasens.
- 1371 - Ausschöpfung kommunaler Möglichkeiten, diese Zentren zu unterstützen oder als
1372 Partner zu gründen.
- 1373 - Den Verstärkten und beschleunigten Ausbau der Breitbandversorgung in den
1374 Kommunen.

1375 **Hebammen - fundamentaler Baustein und kommunaler Standortfaktor**

1376 Hebammen leisten über ihre Tätigkeit als Geburtshelferin hinaus einen sehr grundlegenden
1377 sozial- gesellschaftlichen Beitrag. Sie geben die grundlegende Sicherheit, in Zeiten der von
1378 der übrigen Familie entfernt lebenden Kleinfamilie und sind deshalb ein fundamentaler
1379 Baustein für unsere Gesellschaft.

1380

1381 Als Familienhebammen mit entsprechender Zusatzausbildung leisten sie zudem Beistand in
1382 besonders schwierigen Situationen, wie etwa bei Teenagerschwangerschaften, psychischen
1383 oder Gewaltproblemen und Frauen und Familien mit Migrationshintergrund. Mit diesen
1384 frühen Hilfe entlasten sie die Jugendämter und wirken in hohem Maße präventiv.
1385 Das Angebot an Hebammen und damit auch die begleitende Hilfe der Hebammen vor Ort ist
1386 akut gefährdet, obwohl ausreichend Hebammen ausgebildet werden. Leider ist die
1387 Verweildauer im Beruf sehr kurz. Die bei weitem der Leistung nicht angemessene Bezahlung
1388 in Verbindung mit enorm gestiegenen Haftpflichtversicherungsprämien kommen fast einem
1389 Berufsverbot gleich. Immer mehr Hebammen geben auf. Dies führt bei den verbleibenden zu
1390 noch höheren Arbeitsbelastungen. Die Negativspirale wird dadurch zusätzlich beschleunigt.
1391 Diese Entwicklung gilt es auf Landes- und Bundesebene zielführend zu lösen.

1392
1393 Unsere Kommunen können auf die frühen Hilfe der Hebammen in Bezug auf die
1394 Jugendämter und auf das Angebot vor Ort nicht verzichten.

1395
1396 Deshalb fordern die Freie Demokraten:

- 1397 • die wohnortnahe Versorgung durch Hebammen als wichtigen Standortfaktor.
- 1398 • die Fortführung der Frühen Hilfen der Kommunen gemäß der Bundesinitiative Frühe
1399 Hilfen.

1400

1401 **Sport hat Verfassungsrang**

1402 Der Sport leistet einen wertvollen Beitrag zur Gesundheit und unterstützt
1403 Integrationsmaßnahmen. Die präventiven Leistungen des Sports haben einen hohen
1404 Stellenwert für das Gemeinwohl.

1405 Alle Gemeinden, unabhängig von der Haushaltssituation, sollten daher
1406 berechtigt sein, ortsansässige Sportvereine finanziell zu unterstützen.

1407 Dies gilt auch für den Unterhalt und Ausbau vereinseigener Sportstätten.

1408 Eine kostenfreie Nutzung kommunaler Sportstätten muss weiter garantiert werden.

1409 Die Vergabe der Nutzungszeiten und Kapazitäten muss transparent gestaltet werden.

1410

1411 **Demographischer Wandel**

1412 Die älter werdende Gesellschaft stellt neue Anforderungen an die Zusammenarbeit zwischen
1413 Kommunen und Vereinen. Diese sollen daher gemeinsam Planungen einleiten, die zum Auf-
1414 bau sportlicher Angebote für ältere Mitbürger führen. Dabei notwendige bauliche Maß-
1415 nahmen und die Ausstattung der Räume soll von Kommunen unterstützt werden.

1416

1417 **Sport in Naturräumen / öffentliche Bolzplätze / Kinderspielplätze**

1418 Alle Gebietskörperschaften sollen im Rahmen ihrer Flächennutzungspläne in Absprache mit
1419 den ortsansässigen Sportvereinen multifunktionale Flächen für Ballsport und weitere
1420 individuelle Bewegungssportarten einplanen.

1421 Es ist anzustreben, dass jede Gemeinde sich eine Spielplatzkonzeption erstellt.

1422

1423 **Freiheit und Menschenrechte weltweit**

1424

1425 **Starke Kommunen in einem starken Europa**

1426 **Europa reformieren**

1427 Die Kommunen sind ein wichtiger Baustein Europas. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte
1428 (EEA) und der Vollendung des Binnenmarktes (1993) sind die Kommunen zunehmend von
1429 der EU-Rechtsetzung betroffen und für deren Umsetzung zuständig. Zwei Drittel der auf EU-
1430 Ebene getroffenen Entscheidungen und Regelungen wirken sich auf die Kommunen direkt
1431 oder indirekt aus.

1432

1433 Mit dem Vertrag von Lissabon (2009) werden die Kommunen erstmals im EU-Primärrecht
1434 erwähnt. Gleichzeitig entsteht ein europäischer Wirtschafts- und Gesellschaftsraum. Die
1435 politischen und legislativen Instanzen sind auf europäischer Ebene zunehmend verflochten,
1436 was bei vielen Bürgern den Eindruck der Intransparenz hinterlässt.

1437 Wir antworten auf diese Entwicklung erneut mit einem klaren Bekenntnis zu einer offenen
1438 europäischen Gesellschaft. Europa ist der Garant für nachhaltiges Wachstum, Stabilität,
1439 Wohlstand und Frieden. Wir wollen seine Schwächen beheben, um es stärker zu machen.

1440 Wir brauchen ein europäisches Reformprogramm, das Effizienz und Transparenz der
1441 europäischen Union in den Mittelpunkt stellt. Dazu gehören

- 1442 • Der eine Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments,
- 1443 • staatenübergreifende europäische Listen und
- 1444 • eine Verkleinerung der Europäischen Kommission.

1445 Wir brauchen eine EU, die sich vor Ort bei den Menschen erklärt, ihre Vorteile, ihren Nutzen
1446 und ihre Unverzichtbarkeit überzeugend darlegt und zeigt. Dazu wird es einer echten und
1447 fairen europäischen Partnerschaft aller öffentlichen Ebenen bedürfen.

1448

1449 **Die Rolle der Kommunen stärken.**

1450 Wir setzen uns dafür ein, die Rolle der Kommunen im Rahmen des institutionellen Gefüges
1451 der EU zu stärken, z. B. im Ausschuss der Regionen (AdR). Wir stärken die kommunalen
1452 Vertretungen in Europa, insbesondere den Kongress der Gemeinden und Regionen des
1453 Europarates (KGRE) und der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Sie
1454 ermöglichen gerade auch kleineren Kommunen, ihre Interessen auf europäischer Ebene zu
1455 vertreten.

1456

1457 **Europäische kommunale Netzwerke weiterentwickeln**

1458 Wir treten dafür ein, in thematisch ausgerichteten europaweiten Netzwerken, (wie bspw.
1459 Cities for Mobility, Eurocitys) ähnlich gelagerte Probleme diskutieren, beste Praktiken
1460 austauschen, gemeinsame Projekte durchführen und so den aktuellen Herausforderungen
1461 begegnen.

1462

1463 Ein weiteres Ziel bei der Bildung von Netzwerken ist die Koordinierung einheitlichen Auftritts
1464 in Europa. Hinsichtlich des kollektiven Auftritts der Kommunen sollte das Bemühen
1465 intensiviert werden, die "Vielstimmigkeit" der kommunalen Interessenvertretung in Europa
1466 zu reduzieren und zu konzentrieren.

1467

1468 Eine besondere Verantwortung tragen dabei

- 1469 • Europabüros der kommunalen Spitzenverbände in Brüssel.
- 1470 • der Europaarbeit der einzelnen Fachdezernate der kommunalen Spitzenverbände.
- 1471 • die Landesvertretung des Landes in Brüssel, die sich verstärkt auch als Dienstleister
1472 für die Kommunen begreifen muss.

1473

1474 **Europakompetenz in Rat und Verwaltung**

1475 Wir wollen die "Europakompetenz" der Kommunen stärken. Auf der Ebene der Kommune
1476 dient hierzu etwa der Aufbau von "Informationssystemen" nach innen und außen, die
1477 Erhöhung der "Europakompetenz" in Rat und Verwaltung, die Vernetzung mit anderen
1478 europäischen Städten. Wir wollen auf kommunaler Ebene Europabeauftragte benennen, die
1479 die relevanten Informationen sammeln, auswerten und innerhalb der Verwaltung
1480 weiterleiten und EU-Förderanträge koordinieren. Sie sollen auch eine aktive
1481 Öffentlichkeitsarbeit gegenüber den Bürgern ausüben und somit den europäischen
1482 Gedanken z. B. in den jährlichen Europawochen und in einer Unterstützung
1483 europafreundlicher Bürgerbewegungen und Vereine weitertragen.

1484

1485 **Regionalpolitik zukunftsgerecht weiterentwickeln**

1486 Die europäische Regionalpolitik muss auf den Prüfstand. Wir treten dafür ein, die Mittel der
1487 Regionalfonds zielgerichteter und effizienter einzusetzen. Sie sollen vor allem
1488 mittelständischen Unternehmen zu Gute kommen und einen Schwerpunkt bei der
1489 Förderung Innovation und zukunftsorientierter Infrastruktur wie Infrastruktur wie Breitband
1490 und Digitalisierung haben.

1491

1492 **Freiheit und Menschenrechte weltweit**

1493 Wir sehen in der Integration von Menschen, die neu zu uns kommen, große Chancen für
1494 unsere gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Weiterentwicklung, im ländlichen
1495 Raum genauso wie in städtischen Strukturen. In der Integrationspolitik kommt den
1496 Kommunen eine Schlüsselrolle zu, denn sie leisten die operative Umsetzung. Nur wenn
1497 Integration vor Ort erfolgreich und nachhaltig gelingt, werden wir im alltäglichen
1498 Zusammenleben davon profitieren.

1499

1500 Wir wollen, dass die Kommunen für diese Aufgabe mit ausreichenden finanziellen Mitteln
1501 ausgestattet werden. Wir wollen die Kommunen in ihrer Integrationsarbeit schützen und
1502 fördern, indem sie klare Rahmenbedingungen und damit Berechenbarkeit für ihr Handeln
1503 vor Ort haben. Dazu gehört, dass die gesetzlichen Regelungen der Asyl-, Zuwanderungs- und
1504 Integrationspolitik auf Bundesebene eindeutig geklärt und umgesetzt werden. Dies betrifft

1505 die Unterscheidung zwischen Menschen, die nach dem Asylrecht (d.h. mit
1506 Bleibeperspektive), aufgrund der Gewährung von subsidiärem Schutz (d.h. denen in ihrem
1507 Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht, die aber hier keine Bleibeperspektive haben)
1508 oder im Zuge der Fachkräftezuwanderung bei uns sind. Auf Bundes- und Landesebene muss
1509 dafür gesorgt werden, dass die Entscheidungen über Anerkennung und Bleiberecht bzw.
1510 über Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive in angemessenem Zeitrahmen
1511 getroffen und konsequent umgesetzt werden. Kommunen sollen zudem mitentscheiden
1512 dürfen, über die ihnen zugewiesenen Kontingente und sich wehren können gegen
1513 Überforderung.

1514

1515 Wir wollen die Motivation, die Innovationskraft und die Eigenständigkeit der Kommunen
1516 stärken, damit Integration erfolgreich gelingt. Wir sehen Integrationsarbeit als konzertierte
1517 Aktion von Kommunalpolitik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und bürgerschaftlichem
1518 Engagement. Deshalb wollen wir alle relevanten Akteure vor Ort unterstützen und Anreize
1519 bieten, eigenständig, nachhaltig und innovativ Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Als
1520 Freie Demokraten stehen wir gerade in der für unsere Zukunft so zentralen Migrations- und
1521 Integrationspolitik für einen klaren ordnungspolitischen Kurs. Und wir wollen mehr
1522 Transparenz, z.B. im Sinne von „best practice“-Modellen für Integrationserfolge, sowie faire
1523 Rahmenbedingungen, intelligente Anreizsysteme und Sanktionsmöglichkeiten umsetzen.
1524 Denn auch hier soll das liberale Prinzip gelten, dass sich Leistung und Engagement vor Ort
1525 lohnen müssen.

1526

1527 **Truppenstandorte sind ein wichtiger Faktor für die Region**

1528 Die FDP setzt sich vor Ort für die Erhaltung der Bundeswehrstandorte und der Standorte
1529 unsere Nato-Partner ein.

1530

1531 Rheinland – Pfalz liegt im Herzen von Europa. Im Rahmen einer angedachten europäischen
1532 Verteidigungsunion müssen neue Truppenkontingente einer gemeinsamen europäischen
1533 Armee aufgestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Teile dieser möglichen
1534 Kontingente an den bestehenden Standorten in Rheinland – Pfalz angesiedelt werden.

1535

1536 **Interkommunale Zusammenarbeit**

1537 In Verbindung mit der Digitalisierung der Kommunen sollte über eine Zentralisierung von
1538 Verwaltungen und den jeweiligen Abteilungen nachgedacht werden. Das Bündeln von
1539 Kompetenzen und Erfahrungen sowie einheitliche Standards und Prozesse in der
1540 Bearbeitung erhöhen die Effizienz, verringern damit Kosten und setzen vor allem personelle
1541 Ressourcen frei.

1542

1543 Man sollte sich nicht scheuen, externe Beratung zur Bewältigung dieser Aufgabe
1544 einzubeziehen. Das Management der geplanten Veränderungen ist der erste Schritt, der
1545 zweite ein verwaltungseigenes Controlling und Qualitätsmanagement. Die Bündelung sollte
1546 sich nicht auf Kompetenzen beschränken, sondern auch die physischen Fähigkeiten der
1547 Kommunen erfassen. Das kann bedeuten, dass Maschinen und Bedienpersonal
1548 überkommunal eingesetzt werden. Es muss vermieden werden, dass Ausstattung doppelt

1549 angeschafft und dann nicht ausgelastet wird, weil die unterschiedlichen Verwaltungen keine
1550 Kenntnis über die maschinelle und personelle Ausstattung der anderen haben. Hier sollten
1551 die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden: Eine entsprechende Datenbank ist
1552 anzulegen.

1553

1554 Eine Zusammenarbeit bei den Feuerwehren, über die Verbandsgemeinde Grenzen hinaus
1555 wäre absolut sinnvoll und muss von Seiten der Genehmigungsbehörden gefordert werden.
1556 Zum Teil stehen zwei gleichwertige Fahrzeuge, die viele hunderttausend Euro kosten, in
1557 unmittelbarer Nachbarschaft, dies muss nicht sein.

1558

1559 **Strategische Ausrichtung des Tourismus als harter Wirtschaftsfaktor**

1560 Ziel der Freien Demokraten ist es, im Tourismus Wachstum durch Wertschöpfung zu
1561 generieren, indem ganzheitliche Wirtschaftskreisläufe geschaffen werden. Tourismus muss
1562 als kommunales Querschnittsthema behandelt werden. Nur so lassen sich Synergien nutzen.
1563 Dies geht im Sinne eines ganzheitlichen Verständnisses über die rein wirtschaftliche
1564 Bedeutung des Tourismus als hartem Wirtschaftsfaktor hinaus. Zu berücksichtigen sind dabei
1565 die Wechselwirkungen der Tourismuswirtschaft mit anderen Wirtschaftsbranchen und
1566 Aufgabenbereichen wie z.B. Kultur, Weinwirtschaft, Städtebau und Dorfentwicklung sowie
1567 Baukultur, Landschafts- und Naturschutz.

1568

1569 Damit auch der ländliche Raum zunehmend vom Tourismus profitiert, soll der Ausbau seiner
1570 touristischen Infrastruktur gestärkt werden. Dies bezieht sich jedoch nicht nur auf den
1571 Ausbau von Rad- und Wanderwegen. Vielmehr geht es um barrierefreie Mobilität sowie den
1572 Ausbau digitaler und medizinischer Versorgung im ländlichen Raum.

1573

1574 Tourismus soll künftig nicht nur für Gäste gedacht sein, sondern als harter Standortfaktor
1575 ganz bewusst an der Lebenswirklichkeit der Einheimischen sowie der Unternehmen der
1576 Region ausgerichtet werden. Denn die Attraktivität einer Region ist auch wichtiges
1577 Entscheidungskriterium für die Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitskräften.
1578 All dies kann nur gelingen, wenn touristische Struktur und Organisation optimiert werden.
1579 Wir müssen in Rheinland-Pfalz, vor allem auf lokaler Ebene, wegkommen von Zersplitterung
1580 und Kleinteiligkeit, um vorhandene Ressourcen effizient einzusetzen. Hierzu ist die
1581 Bündelung von Fachwissen und von finanziellen Mitteln notwendig.

1582

1583 **Tourismus-Wachstum durch ganzheitliches Regionalmarketing**

1584 Damit die Tourismuseinkünfte in den kommenden Jahren dynamischer wachsen, ist es
1585 notwendig, Schwerpunkte bei der Vermarktung zu setzen und Besonderheiten
1586 herauszuarbeiten. Unsere regionale Identität muss dabei klar erkennbar sein, sodass ein
1587 scharfes regionalspezifisches Profil entsteht. Nur so ist ein imageprägender Auftritt am
1588 Tourismus-Markt möglich. Ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit anderen touristischen
1589 Destinationen gibt dazu wertvolle Impulse und zeigt neue Perspektiven auf.

1590

1591 Dabei ist es wichtig, dass der Fokus nicht ausschließlich auf der touristischen Außen-
1592 vermarktung liegt. Ein in diesem Kontext oft unterschätzter Punkt ist das Innenmarketing.
1593 Dazu ist es von besonders hoher Bedeutung, dass die touristischen Akteure einer Region,

1594 aber vor allem auch die Menschen vor Ort ihre Identität, Traditionen sowie regionalen
1595 Highlights aktiv leben und authentisch präsentieren.

1596

1597 **Stärkung des Gastgewerbes als Säule des Tourismus**

1598 Eine der Grundlagen, damit Rheinland-Pfalz im touristischen Wettbewerb national und
1599 international gut gerüstet ist, ist unser Gastgewerbe. Durch einzelbetriebliche Förderung,
1600 Abbau bürokratischer Hürden, Einführung von Arbeitszeitkonten, Unterstützung bei
1601 Betriebsübernahmen sowie Lösungsansätzen beim Thema Fachkräftemangel müssen wir
1602 unser Gastgewerbe als Rückgrat der Tourismusedwicklung stärken.

1603

1604 Jedoch ist das Gastgewerbe, besonders bei Themen wie der Digitalisierung, auch selbst
1605 gefordert. Ein technisch gut aufbereiteter und ansprechender Internetauftritt sowie die
1606 Online-Buchbarkeit sind Grundvoraussetzungen, die ein Gast erwartet.

1607

1608 Das Gastgewerbe mitsamt vielen weiteren Leistungsträgern leidet zudem unter einer
1609 schlechten Auslastung in der Nebensaison. Daher muss es ein weiteres Ziel sein, der
1610 Saisonalität, welche in Rheinland-Pfalz relativ stark ausgeprägt ist, durch ganzjährige und
1611 witterungsunabhängige Angebote entgegen zu wirken. Eine Möglichkeit kann hierbei die
1612 Förderung des Städte- und Geschäftsreise-Tourismus sein.

1613

1614 Eine große Chance, um die Bettenauslastung zu steigern und damit auch der Saisonalität
1615 entgegen zu wirken, sehen wir in der Ausrichtung von Großveranstaltungen. Beispielsweise
1616 zeigt der BUGA-Effekt, wie nachhaltig positiv eine Region von solch einer Veranstaltung
1617 geprägt werden kann.

1618

1619

1620 **Gesellschaftliche Vielfalt und Mitmacher**

1621 Wie Menschen verschiedener Herkunft miteinander auskommen, wie sie hier leben und
1622 integriert sind und welchen Rechtsstatus sie genießen, ist von maßgeblicher Bedeutung für
1623 den Zusammenhalt, den inneren Frieden und die Toleranz in unserer Gesellschaft. Liberale
1624 Kommunalpolitik ist in ihrem Kern integrativ und weltoffen. Sie wendet sich gegen die
1625 Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen und gegen die Bildung von Teilgesellschaften.
1626 Dabei begreift die FDP Integration als einen kontinuierlichen gesellschaftlichen Prozess nach
1627 dem Grundsatz von „Fördern und Fordern“, mit dem Ziel, Pluralität und Zusammenhalt zu
1628 fördern. Gesellschaftliche Vielfalt kann kreative Potentiale freisetzen, die Wohlstand und
1629 Lebensqualität für alle mehren. Unser Blick muss auf das gelenkt werden, was einer kann,
1630 und nicht auf das, wo einer herkommt oder woran er glaubt. Dies kann nur durch
1631 Anstrengungen sowohl von den Einheimischen als auch von den Zugewanderten erreicht
1632 werden, durch aktives Bemühen und Annahme der Integrationsangebote. Ob eine
1633 Integration gelingt oder nicht, entscheidet sich gerade in den Städten und Gemeinden.

1634

1635 Aus diesem Grunde fordern wir:

- 1636 • Ein kommunales Integrationskonzept auf Kreis-, Stadt- und Verbandsgemeindeebene.
1637 Wichtig ist vor allem eine bessere Vernetzung der kommunalen Anlaufstellen für
1638 Migrantinnen und Migranten.

- 1639
- 1640
- 1641
- 1642
- 1643
- 1644
- 1645
- 1646
- 1647
- 1648
- 1649
- 1650
- 1651
- 1652
- Verstärkte Sprachförderung der Kinder bereits mit Eintritt in die Kindertagesstätten mit Hilfe des Landes. Kinder, die nicht die Kindertagesstätten besuchen und Sprachförderbedarf haben, sind ebenso zu fördern. Aus diesem Grunde fordern wir, dass jedes Kind mit Förderbedarf eine optimale Sprachförderung erhält, um es für den weiteren Bildungsweg zu qualifizieren. Dabei geht es in erster Linie um die Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse.
 - Die Vermittlung interkultureller Kompetenz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung durch Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote.
 - Zum Abbau von Vorurteilen, die Möglichkeiten der Begegnungen und des gegenseitigen Kennenlernens zu stärken.
 - Die direkte Ansprache von Zugewanderten und deren Ermutigung, an der Arbeit in kommunalen Gremien, Ausschüssen und Parteien teilzuhaben.
 - Die Unterstützung von Patenschaften und die Stärkung des das ehrenamtlichen Engagements integrierter und neuer Bürger durch Anerkennung derer Leistungen.

1653

1654 **Chancen für alle und mehr Selbstbestimmung ermöglichen**

1655 Wir Freien Demokraten setzen uns für Chancengerechtigkeit zwischen Frauen und Männern ein und haben großen Respekt vor allen Lebensformen, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.

1658

1659 Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen leisten eine unverzichtbare Arbeit und sind weiter zu unterstützen.

1661

1662 Zudem setzen wir uns für den Erhalt von Kinderschutzräumen in den Frauenhäusern ein.

1663 Die Bedürfnisse von Flüchtlingen, die vor geschlechterspezifischer Verfolgung geflohen oder in einer bestehenden Partnerschaft sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind, müssen ebenfalls besonders berücksichtigt werden.

1666 Die notwendige Qualifikation der Mitarbeiter/-innen in den Frauenberatungsstellen, Schutzhäusern und in den mit der Betreuung von Flüchtlingen betrauten Institutionen ist besonders zu fördern.

1669

1670 **Kommunen bilden das Rückgrat der Integrationsarbeit**

1671 Die Integration von geflüchteten Menschen stellt die Kommunen und die Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen.

1673 Für eine gelingende Integration braucht es gemeinsame Anstrengungen aller staatlichen Ebenen und der Zivilgesellschaft. Besonders Kommunen und Initiativen engagierter Bürgerinnen und Bürger bilden das Rückgrat der Integrationsarbeit vor Ort.

1676

1677

1678 **Politik, die rechnen kann**

1679

1680 Die FDP setzt sich für eine Finanzpolitik auf Landes- und Kommunalebene ein, die den
1681 kommenden Generationen Spielräume eröffnet, um die Herausforderungen von morgen
1682 gerecht zu werden und diese aktiv gestalten zu können. Für Freie Demokraten gehören
1683 Schuldenabbau, ausgeglichene Haushalte und nachhaltige Investitionen zu einer ernst
1684 gemeinten Generationengerechtigkeit.

1685

1686 **Verschuldung der Kommunen senken**

1687 Nach wie vor sind deutlich zu viele rheinland-pfälzische Kommunen in unvertretbarem Maße
1688 verschuldet. Ein Abbau der Schuldenberge ist vielfach nicht absehbar. Bei realistischer
1689 Risikobewertung ist davon auszugehen, dass es nicht dauerhaft bei der aktuell niedrigen
1690 Zinslage bleiben wird. Eines der wichtigsten Ziele der FDP ist es daher, die aktuelle
1691 Schuldenspirale zu stoppen. Nur wenn es gelingt, Städte und Gemeinden auf wirtschaftlich
1692 gesunde Beine zu stellen, können die künftigen Infrastruktur- und Sozialaufgaben realisiert
1693 und dauerhaft gesichert werden. Weltbeste Bildung, leistungsstarke digitale Infrastrukturen
1694 und wichtige Investitionen sind nur mit adäquater Ausstattung der Kommunen umsetzbar.

1695

1696 **Kommunaler Entschuldungsfonds (KEF) Rheinland-Pfalz anpassen**

1697 Der Kommunale Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF) soll überprüft werden, wozu
1698 gewonnene Erkenntnisse in künftige Vorhaben und Verfahren einzubinden sind. Kommunen
1699 benötigen kalkulierbare Einnahmen und Ausgaben zur verlässlichen und belastbaren
1700 Haushaltsplanung. Die Bewertung kommunaler Leistungsangebote als freiwillige bzw. als
1701 Pflichtaufgaben ist klarer als bisher zu definieren. Nicht jede freiwillig einzustufende Leistung
1702 der Gebietskörperschaften sollte im Kontext des Entschuldungsfonds als solche bewertet
1703 werden. Gerade für Infrastrukturmaßnahmen ist eine Wirtschaftlichkeit, direkt oder in Form
1704 einer Umweg-Rentabilität, darstellbar. Daher sind solche Vorhaben als Investitionen in
1705 Standort-Attraktivität und -Zukunfts-fähigkeit kommunaler Leistungsträger individuell zu
1706 bewerten und ggf. vom KEF zu begünstigen. Bisherige Verfahrensweisen sind zu überprüfen
1707 und ggf. anzupassen. Fragen dringend gebotener Schuldentrückführung dürfen nicht einseitig
1708 zu Lasten infrastrukturell und bildungspolitisch notwendiger Investitionen erfolgen.

1709

1710 **Kassenkredite**

1711 Kassenkrediten, die vergleichbar privaten Dispositionskrediten meist auf konsumtiven
1712 Ausgaben beruhen, steht anders als bei Investitionen oft kein wirtschaftlicher Nutzen
1713 entgegen. Ihr starker Anstieg ist auch auf kleinteilige Verwaltungsstrukturen zurückzuführen.
1714 Kassenkredite sind kritisch zu analysieren, um Kommunen durch angemessene und
1715 sachorientierte Kommunalreformen und Verwaltungsstrukturen wieder wirtschaftlichen
1716 Freiraum zu schaffen. Dem Anstieg der Kassenkredite ist durch eine an klaren sachlichen
1717 Kriterien ausgerichtete Genehmigungspflicht entgegenzuwirken.

1718

1719 **Kommunale Haushalte sanieren**

1720 Bei weiter steigender kommunaler Verschuldung ist bisher nicht klar, wie mit diesem
1721 Zustand langfristig umgegangen werden soll. Auch wie mit nicht durch Eigenkapital
1722 gedeckten Fehlbeträgen in öffentlichen Bilanzen umgegangen werden soll, ist bisher nicht
1723 geregelt. Weder Gemeindeordnung noch Gemeindehaushaltsverordnung geben hier klare
1724 Regelungen vor. Auch wenn Kommunen faktisch nicht insolvenzfähig sind, kann dauerhaftes
1725 Anwachsen negativen Eigenkapitals nicht länger hingenommen werden. Haben
1726 Gebietskörperschaften dauerhaft höhere Schulden als Vermögenswerte, müssen sich
1727 zwangsläufig Rechtsfolgen ergeben. Kommunales Insolvenzrecht kann hier ein wichtiger
1728 Lösungsansatz sein: Kommunen, die ihre haushaltsmäßige und finanzielle
1729 Handlungsfähigkeit verloren haben, müssen mit konsequentem Einschreiten der
1730 Kommunalaufsicht rechnen. Da es sich hier um den größtmöglichen Eingriff in die
1731 kommunale Selbstverwaltung handelt, sind für diese Ultima-Ratio-Maßnahme jedoch klare
1732 Tatbestandsvoraussetzungen und Grenzen zu definieren.

1733 Diese Mechanismen sollen dafür sorgen, dass betroffene Kommunen konsequente
1734 Beschränkungen auf Aufgaben der Daseinsvorsorge und sukzessive Rückführung der
1735 Verbindlichkeiten umsetzen. Vergleichbar mit privaten Unternehmen sollen Kommunen
1736 dazu verpflichtet werden, geeignete Sanierungsmaßnahmen umzusetzen, um finanzielle
1737 Abwärtstrends zu stoppen und Fehlbeträge zurückzuführen.

1738

1739 **Kommunale Schuldenbremse**

1740 Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden in Rheinland-Pfalz lag bereits 2015 weit über
1741 dem Durchschnitt der Flächenländer. Die FDP fordert neben Unterstützung beim
1742 Schuldendienst durch das Land (z.B. durch den Kommunalen Entschuldungsfonds RLP) eine
1743 flächendeckende Begrenzung der kommunalen Neuverschuldung und tritt für die
1744 Etablierung einer - auf Bundes- und Landesebene bereits existierenden - Schuldenbremse im
1745 Bereich der Kommunen ein. So kann verhindert werden, dass sich Bund und Länder durch
1746 weitere Aufgabenverlagerungen ohne Weitergabe entsprechend Ressourcen zu Lasten der
1747 Kommunen besserstellen.

1748 Im Verhältnis Bund-Land-Kommune ist nach dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ auf
1749 Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu achten. Bund und Land haben Kommunen in
1750 vergangenen Jahrzehnten eine Vielzahl neuer Aufgaben, v.a. im Rahmen sozialer
1751 Sicherungen, übertragen. Die dazu erforderlichen Finanzmittel wurden Kommunen jedoch
1752 nicht im erforderlichen Umfang bereitgestellt. Eine Delegation öffentlicher Aufgaben ohne
1753 Weitergabe entsprechender Finanzierungsmittel ist zur Vermeidung weiterer kommunaler
1754 Belastungen zwingend zu unterbinden. Der Bund soll infolge der beschlossenen
1755 Sozialgesetzgebung entstandene Kostenanteile der Kommunen stufenweise übernehmen.
1756 Die Einhaltung der Konnexität ist zwingende Voraussetzung für eine funktionierende
1757 kommunale Selbstverwaltung und die Demokratie vor Ort.

1758

1759 **Moderne Verwaltung**

1760 Die öffentliche Hand muss sich mit qualifizierten Mitarbeiter/innen in einer effizienten
1761 Verwaltung auf ihre zentralen Kernaufgaben konzentrieren. Der Einfluss der Parteien muss
1762 sich auf Einsetzung von Wahlbeamten beschränken. Verwaltungsmitarbeiter sind streng
1763 nach Eignung und Befähigung auszuwählen und zu fördern. Das Besoldungs-, Laufbahn- und
1764 Versorgungsrecht muss aufgrund immer komplexer werdender Anforderungen und
1765 angesichts zunehmenden Fachkräftemangels zu einem flexiblen und leistungsorientierten
1766 Dienstrecht ausgebaut werden. Nur so können bestens ausgebildete Mitarbeiter für
1767 Verwaltungen akquiriert und langfristig gebunden werden. Moderne digitale Infrastrukturen
1768 müssen effizientes Arbeiten ermöglichen. So können Ressourcen gebündelt sowie sinnvoll
1769 und wirtschaftlich genutzt werden (z.B. durch gemeinsame kommunale Rechenzentren). Sie
1770 können gleichzeitig die Grundlage sein für flexible Arbeitsmodelle, z.B. im Rahmen von
1771 „Beruf und Familie“.

1772

1773 Der Landesrechnungshof hat seit dem Kommunalbericht 2009 wiederholt auf die
1774 Notwendigkeit umfassender Gebietsreformen unter Einbeziehung aller kommunalen
1775 Gebietsebenen hingewiesen. Die finanziellen Auswirkungen der bisherigen
1776 Reformmaßnahmen sind zu gering, um nennenswerte Verbesserungen der kommunalen
1777 Finanzlage zu leisten. Daher muss die kommunale Entwicklung künftig stärker Grundsätze
1778 der Eigenverantwortung und des unternehmerischen Denkens beinhalten: Schlanke
1779 Verwaltung und mehr bürgernahe Dienste; kurz gesagt, eine modernere öffentliche
1780 Verwaltung. Die Freien Demokraten setzen sich daher für die Überprüfung von
1781 Anforderungen und Standards auf allen Ebenen der Landes- und Kommunenverwaltungen
1782 sowie für eine umfassende Verwaltungs- und Gebietsreform ein.

1783

1784 Durch Bündelung von Zuständigkeiten können effektive Verwaltungszentren geschaffen
1785 werden. Besonderheiten vor Ort ist dabei adäquat Rechnung zu tragen. Wichtiges Know-
1786 How zu individuellen Problem- und Lösungsstrukturen ist zu sichern. Qualitative
1787 Verbesserungen sind voranzutreiben, ihre Wirtschaftlichkeit ist zu sichern. Ziel sind
1788 leistungsfähigere Verwaltungsstandorte, die für die älter werdende Gesellschaft mehr
1789 Service vor Ort bieten. Dazu gehören auch mobile digitale Dienste. Moderne
1790 Informationstechnik unterstützt viele Bereiche alltäglicher Kommunikation. Diese muss auch
1791 in Verwaltungen nutzbar sein. E-Government-Technologien sind weiter auszubauen, um
1792 Wege zur Verwaltung zu ersparen und die Bearbeitung von Anliegen zu vereinfachen und zu
1793 beschleunigen. So kann Fachkompetenz gebündelt, Prozesse vereinheitlicht und
1794 beschleunigt, IT-Systeme zentralisiert und Verwaltungseffizienz erhöht werden.
1795 Ausgangspunkt aller Überlegungen ist die Frage: „Welche Leistungen müssen als öffentliche
1796 Kernkompetenzen angeboten werden, wie sehen die notwendigen Prozesse aus und welche
1797 Strukturen müssen dafür geschaffen werden?“

1798

1799 **Kommunale Einnahmen / Steuerbelastungen / Fonds Deutsche Einheit**

1800 **Verbesserung der kommunalen Einnahmen**

1801 Auch Kommunen selbst müssen zur Haushaltskonsolidierung und Rückführung kommunaler
1802 Schulden beitragen. Neben der durch Finanzausgleich von Bund und Land sicherzustellenden

1803 Mindestfinanzausstattung der Kommunen sind diese gehalten, eigene Steuerquellen
1804 auszuschöpfen. Art und Umfang obliegen als Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung den
1805 Kommunen selbst. Finanzprobleme sind jedoch nicht nur mit weiteren Steuererhöhungen zu
1806 lösen, sondern auch durch Effizienz in der Verwaltung, Ausgabenkürzungen und faire
1807 Finanzierung und Lastenverteilung bei öffentlichen Leistungen. Zur Sicherung ihrer
1808 Finanzausstattung sind Gebietskörperschaften jedoch vielfach gezwungen, rechtliche
1809 Möglichkeiten der kommunalen Steuerhoheit auszuschöpfen. Die Erhöhung der Realsteuer-
1810 Hebesätze belastet dabei, ebenso wie einige neu etablierte kommunale Steuern und
1811 Abgaben, Haushalte und Unternehmen.

1812

1813 **Keine weiteren Steuerbelastungen**

1814 Vor allem bei Realisierung eigenen Wohneigentums sollen Bürger unterstützt werden.
1815 Eigengenutzte Immobilien sind ein zentraler Baustein privater Absicherung und
1816 Altersvorsorge. Eine weitere Belastung mit höheren Grundsteuerbeträgen ist zu vermeiden.
1817 Auch Unternehmen muss die Chance geboten werden, ihre Erträge zu investieren, zu
1818 wachsen und mit innovativen Entwicklungen Arbeitsplätze zu schaffen. Vor allem die für
1819 private Hausbesitzer und Gewerbetreibende relevanten Realsteuern (Grund- und
1820 Gewerbesteuer) dürfen nicht zur Kompensation einer fehlenden Konnexität oder zum
1821 Ausgleich von strukturellen und aus operativen Pflichtaufgaben resultierenden Defiziten in
1822 den Kommunen herangezogen werden. Nur so können rheinland-pfälzische Kommunen
1823 dauerhaft gesichert und ausgebaut werden.

1824

1825 **Abschaffung des Fonds Deutsche Einheit**

1826 Eine Belastung mit weiteren Steuern, wie Erhöhung der Gewerbesteuer über Anhebung der
1827 Hebesätze vor Ort, entzieht der Wirtschaft wichtiges Kapital. Um Kommunen die
1828 Notwendigkeit solcher Maßnahmen zur Erzielung dringend notwendiger Einnahmen zu
1829 ersparen, wird zur Kompensation u.a. die tatsächliche Umsetzung der bereits beschlossenen
1830 Abschaffung der kommunalen Beiträge zum Fonds Deutsche Einheit vorgeschlagen. Dieses
1831 Finanzierungsinstrument zur Stärkung der Finanzkraft der neuen Bundesländer spiegelt nicht
1832 mehr die realen Verhältnisse zwischen den Bundesländern wider. Wie der
1833 Solidaritätszuschlag soll auch diese Umlage zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft vor
1834 Ort abgeschafft werden.

1835

1836 **Stabile Einnahmen der Kommunen aus reformierten Steuern**

1837 Die Freien Demokraten fordern eine grundlegende Reform des komplizierten
1838 Einnahmensystems der Gemeinden aus geringen Kommunalsteuern, Schlüsselzuweisungen
1839 des Landes, Gewerbesteuer, Anteilen an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer mit dem
1840 Ziel der Vereinfachung und der Transparenz für Bürgerinnen und Bürger. Das örtliche
1841 Steuerfindungsrecht darf letztlich nicht zu einem „Steurgestrüpp“ führen.

1842

1843 Die FDP setzt sich daher für die Umsetzung folgender Maßnahmen ein:

1844

- 1845 • **Ersatz der Gewerbesteuer**
- 1846 Die stark schwankende Gewerbesteuer soll vollständig durch Erhöhung des Anteils an
1847 der stabilen Umsatzsteuer ersetzt werden. Mit Verteilung des Umsatzsteueranteils nach
1848 Anzahl und Lohnsumme örtlicher gewerblicher Arbeitsplätze werden gemeindliche
1849 Aufwendungen zur Ansiedlung gewerblicher Unternehmen ausgeglichen.
- 1850 • **Schaffung einer Kommunalsteuer**
- 1851 Zur Stärkung der Finanzautonomie sollen Kommunen mit eigenem Hebesatz eine eigene
1852 Kommunalsteuer als Zuschlag auf Einkommen- und Körperschaftsteuer erhalten. Damit
1853 entscheiden die kommunalen Gremien nicht mehr nur über die kommunalen Ausgaben,
1854 sondern auch über die Höhe der konkreten Belastungen ihrer Bürger.
- 1855 • **Trennung zwischen Bundes- und Landes-Steuern**
- 1856 Mittelfristig sollen die Gemeinschaftssteuern (Einkommen-, Lohn-, Umsatz-, Körper-
1857 schäfts- und Kapitalsteuer) abgeschafft und durch getrennte Bundes- und Landes-
1858 steuern ersetzt werden. So wird Transparenz und Eigenverantwortlichkeit bzgl.
1859 Steuerpolitischer Entscheidungen zwischen Bund und Ländern realisiert.
- 1860 • **Umlagen von Städten und Gemeinden an Verbandsgemeinden und Kreise**
- 1861 Senkung auf festzulegende Höchstwerte (zum Teil betragen Umlagen über 90% der
1862 Einnahmen). Zur Sicherung eigener Gestaltungsfähigkeit soll ein Mitspracherecht bei der
1863 Umlagen-Festlegung erfolgen.
- 1864 • **Kommunale Einnahmen aus Windkraftanlagen**
- 1865 Diese Einnahmen sind vorrangig in Entschuldungsfonds zur Tilgung der Kassenkredite
1866 bzw. zur Schuldentilgung der an diesen Fonds beteiligten Kommunen einzusetzen.
- 1867 • **Aufkommensneutrale Reform der Grundsteuer**
- 1868 Ziele sind die Verwaltungsvereinfachung und die vollständige Erhebungskompetenz bei
1869 den Kommunen.
- 1870 • **Abschaffung kommunaler Bagatellsteuern**
- 1871
- 1872 **Synergiepotenziale aus öffentlichen und privaten Kooperationen fördern**
- 1873 Die Finanzausstattung kommunaler Haushalte hängt auch von ihren Kostenstrukturen ab.
1874 Die FDP setzt sich für verstärkte Zusammenarbeit kommunaler Leistungsträger sowie mit
1875 privaten Dritten ein. Ziel ist die Generierung von Synergien zur Verbesserung der Kosten-
1876 oder Einnahmestrukturen sowie die nachhaltige Verbesserung des öffentlichen
1877 Leistungsangebotes. Dies kann v.a. auch durch öffentlich-private Partnerschaften zur
1878 Realisierung kommunaler Leistungsangebote in Teilbereichen öffentlicher

1879 Aufgabenerledigung erfolgen. Dabei sind als wichtige Zukunftsbeiträge v.a. junge
1880 Unternehmen einzubeziehen. Sie schaffen Arbeitsplätze und sind Motor für Dynamik in
1881 Wirtschaft und Gesellschaft. Die FDP steht für aktive kommunale Wirtschaftsförderung, die
1882 mit professioneller Anschubunterstützung junge Unternehmen fördert, damit sich diese auf
1883 ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Dazu soll die landeseigene Investitions- und
1884 Strukturbank ihre Kernfunktion der Wirtschaftsförderung ausbauen. Dabei ist auf Einhaltung
1885 der Subsidiarität öffentlicher Aufgabenerfüllung zu achten.

1886 Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit auf allen Verwaltungsfeldern soll - nicht
1887 zuletzt im Kontext einer Kommunalreform - die vermehrte Bildung von Zweckverbänden zur
1888 Erledigung gemeinsamer Aufgaben (z.B. Feuerwehr, Bauhöfe, Schulen, Kindergärten,
1889 Tourismus) und die Bündelung allgemeiner Verwaltungsaufgaben (u.a. gemeinsames Finanz-
1890 und Personalwesen) vorangetrieben und durch das Land unterstützt werden. Sinnvolle
1891 Synergien und Querfinanzierungsmöglichkeiten innerhalb der Gesamtorganisation
1892 „Kommune“ (Kernverwaltung plus Auslagerungen) sind zu nutzen. Das kommunale
1893 Beteiligungsportfolio ist auf Chancen und Risiken, v.a. auf den öffentlichen Zweck der
1894 Aufgabenerfüllung hin, zu überwachen.

1895 Wirtschaftliche Betätigungen und Beteiligungen, die nicht zwingend öffentlichen Aufgaben
1896 dienen, sind aufzugeben. Öffentliche Leistungsträger sollen sich auf ihre Kernkompetenzen
1897 und -aufgaben konzentrieren. Im Zweifel gilt: „Privat vor Staat“. Daran sind alle
1898 wirtschaftlichen Betätigungen und Beteiligungen zu messen und auf ihre Notwendigkeit hin
1899 zu prüfen. Diese kommunalrechtlich bereits verankerten Prüfungen sind im Hinblick auf
1900 öffentlichen Zweck und Subsidiarität regelmäßig vorzunehmen und ggf. Konsequenzen der
1901 gewonnenen Erkenntnisse umzusetzen. Zur Gewährleistung der Generationengerechtigkeit
1902 sind Ausgaben- und Investitionsentscheidungen bzgl. ihrer Folgekosten und hinsichtlich des
1903 demografischen Wandels kritisch zu bewerten.

1904

1905 **Entwicklung des neuen kommunalen Finanzwesens**

1906 Das Haushaltsrechnungswesen muss modernisiert werden: Es muss sichtbar und
1907 verständlich werden, wie viele und wofür öffentliche Mittel ausgegeben werden, welche
1908 Folgekosten entstehen und ob verborgene Risiken bestehen. Der kommunale
1909 Jahresabschluss soll die tatsächliche finanzielle Situation und Leistungsfähigkeit transparent
1910 vermitteln. Die Schaffung transparenter Haushaltspläne erfordert zusammenfassende
1911 Übersichten mit belastbaren Kennzahlen zur effizienten, zielorientierten Steuerung
1912 kommunaler Haushalte. Das 2009 für Kommunen eingeführte „Neue Kommunale
1913 Finanzwesen“ ist auf Leistungsfähigkeit und praktischen Nutzen zu evaluieren und ggf.
1914 anzupassen. Zu prüfen ist, ob erhöhte Transparenz und bessere betriebswirtschaftliche
1915 Steuerungsmöglichkeiten realisiert wurden und ob Instrumentarien angewendet werden
1916 können, Belastungen und Kosten transparenter darzustellen.

1917

1918 **Anpassung des neuen kommunalen Finanzwesens**

1919 Haushalte sind so aufzustellen, dass sie in der Praxis als professionelles Steuerungs-
1920 instrument für Rat und Verwaltung, als transparente Informationsquelle für Bürger sowie als
1921 Rechenschaftsinstrument für die Kommunalaufsicht dienen können. Die Praxis zeigt, dass die
1922 neu geschaffene Sonderform der doppelten Rechnungslegung oft zu erhöhtem
1923 Abstimmungsbedarf bei nur rudimentär gestiegenen Steuerungsmöglichkeiten führt. Statt
1924 sinngemäßer Anwendung des Handelsgesetzbuches wurde eine Mischform aus
1925 privatwirtschaftlicher Doppik und öffentlicher Kameralistik geschaffen, die für
1926 Verantwortliche und externe Fachleute Neuland darstellt. Dieses Konstrukt wird den
1927 Reformzielen nur unzureichend gerecht. Erforderlich ist daher die Evaluation und
1928 Weiterentwicklung dieses Rechnungswesens mit klarem Fokus auf etablierte und erprobte
1929 Systeme des externen Rechnungswesens gemäß HGB, verbunden mit
1930 betriebswirtschaftlichen Instrumentarien interner Kosten- und Leistungsrechnung. So wird
1931 Transparenz erhöht, Zusammenarbeit mit externen Fachleuten verbessert und die
1932 Akquirierung qualifizierten Fachpersonals erleichtert.

1933

1934 **Durchgängige Schuldenbremse eröffnet Gestaltungsmöglichkeiten**

1935 Die kommunale Selbstverwaltung hat in Rheinland-Pfalz einen hohen Stellenwert, weil den
1936 Bürgern ihre unmittelbare Heimat wichtig und wertvoll ist. Falsche Anreizsysteme, zu hohe
1937 Konsum- Ausgaben und Investitionen, die die eigene finanzielle Möglichkeit übersteigen,
1938 führen zwangsläufig zu hoher Dauerverschuldung. Diesen Teufelskreis gilt es zu beenden.
1939 Deshalb schlagen wir eine echte und ernst gemeinte kommunale Schuldenbremse für ALLE
1940 kommunalen Gebietskörperschaften vor.

1941

1942 **Dauerhafte Lösung für finanzielle Schieflage erfordert Nachhaltigkeitsprüfung**

1943 Investitionen gehören mehr denn je auf den Prüfstand: wie nachhaltig sind sie im Sinne der
1944 Folgekosten? Welchen Lebenszyklus – Kosten entstehen voraussichtlich? Werden mögliche
1945 Risiken realistisch eingearbeitet? Welchen zusätzlichen Betreuungs-, Wartungs-,
1946 Erhaltungsaufwand generieren sie? Und sind sie nach objektiver Betrachtung wirklich wichtig
1947 und nötig? Wir fordern einen Finanz- Nachhaltigkeits- Checkup für alle Investitionen.

1948

1949 **Standards verbessern nicht verkomplizieren**

1950 Welchen Standards nutzen, welche schaden? Viele vermeintlich gut gemeinte Definitionen
1951 im Brandschutz geraten zu "Schwarzen Löchern" für den Kämmerer. Anstatt dies immer
1952 weiter zu forcieren ist auch hier eine neue Denke nötig. Wir fordern eine Kosten-Nutzen-
1953 Analyse der bestehenden Standards durch eine unabhängige, externe Instanz ein, um "es"
1954 wieder einfacher zu machen.

1955

1956 **Energie und Innovation**

1957 Die Freien Demokraten setzen sich für eine Energiepolitik auf kommunaler Ebene ein, die
1958 sich an folgenden Grundsätzen orientiert:

- 1959 • Versorgungssicherheit
- 1960 • Wirtschaftlichkeit
- 1961 • Umweltschutz
- 1962 • gesellschaftliche Akzeptanz

1963

1964 Wir wollen Energiepolitik marktgerecht und technikneutral gestalten, ohne Klimaziele
1965 infrage zu stellen. Wir wollen einen technologieoffenen Energiemix. Auch für Speicher-
1966 technologien soll grundsätzlich Technologieoffenheit gelten. Als eine führende
1967 Industrienation verfügt Deutschland mit seinem Ingenieur-, Fertigungs- und Anlagenwissen
1968 über exzellente Voraussetzungen, künftige energiepolitische Aufgaben zu meistern. Aufgabe
1969 der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich die technisch und
1970 wirtschaftlich besten Lösungen am Markt durchsetzen. Die einseitige Subventionierung
1971 bestimmter Energieformen lehnen wir ab.

1972

1973 **Herausforderungen der Energiepolitik**

1974 Die aktuelle Energiepolitik stellt Verbraucher und Wirtschaft vor enorme
1975 Herausforderungen. Die Gegenwart ist gekennzeichnet von der stark schwankenden
1976 Erzeugung erneuerbarer Energien. Dies führt zur Notwendigkeit, ausreichend Grundlast- und
1977 teure Reservekapazitäten vorzuhalten. Auch modernste, hocheffiziente flexible
1978 Gaskraftwerke können unter diesen Voraussetzungen nicht wirtschaftlich betrieben werden.
1979 Vor allem Verbraucher werden überproportional belastet. Wir müssen ein objektives Fazit
1980 über Erreichtes ziehen und daraus entsprechende Zukunftsstrategien ableiten. Wir sind
1981 gegen planloses „Weiter so“ im Ausbau erneuerbarer Energien, solange Speicher- und
1982 Netzausbau nicht sichergestellt sind. Ohne Speicher keine Genehmigung.

1983

1984 **Erneuerbare Energien**

1985 Die verschiedenen Sektoren des Energiebedarfs (Elektrizität, Wärmebedarf, Verkehr) sind,
1986 insbesondere im Hinblick auf erneuerbare Energien, übergreifend zu betrachten.
1987 Marktwirtschaftliche Mechanismen dürfen nicht durch unnötige Auflagen außer Kraft
1988 gesetzt werden. Erneuerbare Energien sollen in Zukunft möglichst dort gewonnen werden,
1989 wo sie verbraucht werden und sind dazu von Umlagen zu befreien. Dezentral produzierter
1990 Strom soll erzeugungsnah ohne Mengenbeschränkung und ohne Netzentgelte, Stromsteuer
1991 und EEG-Umlage genutzt werden können.

1992

1993 **Verwertung der Einnahmen aus regenerativen Energien**

1994 Die Einnahmen aus dem Betrieb großflächiger regenerativer Stromerzeugungsanlagen
1995 (Windkraft und Photovoltaik) sollen zwischen den Gemeinden der Region gerecht verteilt

1996 werden. Die Einnahmen sollen dazu in kommunale Fonds fließen, um damit z.B. die
1997 Entschuldung der Kommunen zu finanzieren. Damit wird die Energiewende so gestaltet, dass
1998 sie wirtschaftlich sinnvoll ist und alle Kommunen der betreffenden Region davon profitieren.

1999

2000 **Energiepolitik in den Kommunen**

2001 Die Standortqualität der Kommunen muss gesichert bleiben und ihre Leistungsfähigkeit darf
2002 bei energetischen Maßnahmen nicht überfordert werden. Die Kommunen sind aufgefordert,
2003 bei eigenen Liegenschaften Vorbildfunktion zu übernehmen und wirtschaftlich sinnvolle
2004 energetische Modernisierung im Gebäudebestand vorzunehmen.

2005

2006 Die Steigerung regionaler Wertschöpfung durch technische Innovationen mittels
2007 Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Ausbau erneuerbarer Energien ist eine große
2008 Chance für ländliche Räume. Daraus resultieren auch große Chancen für lokale und regionale
2009 Energieversorgungskonzepte, die eine autonome Energieversorgung gewährleisten. Im Sinne
2010 des lokalen, nachhaltigen Handelns muss es das Ziel sein, Projekte mit dem Anspruch der
2011 Treibhausgasminderung einfacher realisieren zu können. Regionale Netzwerke mit all ihren
2012 Akteuren (Unternehmen, Kommunen, Bürger, Anrainer, Landwirte/Winzer) müssen dazu in
2013 die Umsetzung eingebunden werden.

2014

2015 Aufgrund der Vielzahl von Angeboten sowie der verschiedenen Technologien und Interessen
2016 (Energieversorger, Hersteller, Händler, Installateure, Architekten, Schornsteinfeger etc.)
2017 sollen Kommunen für die Bürger eine Berater-Funktion bei der Energie- und Förderberatung
2018 übernehmen. Der Berater organisiert und gewährleistet die unabhängige und
2019 technologieoffene Energieberatung durch sachverständige Experten.

2020

2021 **Energiewirtschaftliche Tätigkeit**

2022 Die Freien Demokraten lehnen Monopole und Oligopole in der Energiewirtschaft
2023 grundsätzlich ab. Die Umsetzung investiver Maßnahmen ist Aufgabe der Unternehmen und
2024 der Bürger. Für die FDP gilt der Grundsatz „Privat vor Staat“.

2026

2027 **Innovationen als Chance**

2028 Die beschleunigte Entwicklung von Wissen, Erkenntnis und Technologie in unserer digital
2029 vernetzten Weltgemeinschaft führt dazu, dass sich neue grundlegende Technologien immer
2030 schneller etablieren und unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben substantiell
2031 verändern. Diese Veränderungen treten heute innerhalb der Lebensspanne eines Menschen
2032 mehrfach ein. Wir Freien Demokraten sehen dies als Chance für die Menschen. Hierzu
2033 bedarf es einer Bildungsoffensive, die Menschen lebenslanges Lernen ermöglicht und eines
2034 politischen Umfeldes, das Innovationen zulässt. z.B.:

- 2035 • Mobiles Internet wird die Arbeitswelt und viele Geschäftsmodelle verändern.
- 2036 • Künstliche Intelligenz wird in vielen Anwendungen zum Einsatz kommen.
- 2037 • Autonomes Fahren wird Verkehr und Logistik entscheidend prägen.

- 2038 • Energiespeicher werden die Energieversorgung dezentralisieren und
2039 Schwankungen regenerativer Energieträger ausgleichen.

2040

2041 Wir Freien Demokraten wollen die sich aus diesen Technologien ergebenden Möglichkeiten
2042 nutzen und das hierzu notwendige politische Umfeld schaffen. Kommunen und
2043 Bildungseinrichtungen sollen diesen Prozess bildungspolitisch unterstützend begleiten.

2044

2045 **Sachliche Folgen-Abschätzung neuer Technologien**

2046 Ein kompetenter Umgang mit neuen grundlegenden Technologien schließt auch eine
2047 sorgfältige Technikfolgen-Abschätzung ein. Diese hat, auch unter dem Aspekt der
2048 Generationengerechtigkeit, konstruktiv und sachlich zu erfolgen und beinhaltet:

- 2049 • Die Berücksichtigung aller kurz-, mittel- und langfristigen Gesamtkosten und
2050 Gesamtauswirkungen einer Technologie auf den Menschen und die Umwelt.
- 2051 • Die Unterstützung der betroffenen Menschen in diesem technologischen
2052 Veränderungsprozess durch weitest gehende Transparenz und Aufklärung.

2053

2054 **Ein unkomplizierter Staat**

2055 **Effektives und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln**

2056 Die FDP unterstützt, dass benachbarte Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben stärker
2057 zusammenarbeiten können. Interkommunale Zusammenarbeit und Aufgabenteilung sind der
2058 Schlüssel für kompetentes und kostengünstiges kommunales Verwaltungshandeln.

2059 Die elektronische Verwaltung (E-Government) ist dabei von zentraler Bedeutung. Der
2060 einfache, sichere und rechtsverbindliche Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu unseren
2061 kommunalen Verwaltungen nach dem Vorbild des E-Government Gesetz des Bundes ist
2062 dabei unser Ziel. Gleichzeitig wollen wir – wo möglich – bürokratische Hürden senken und so
2063 die Einsatzmöglichkeiten für E-Governmentanwendungen einfacher gestalten und den
2064 Bürgern unnötige Bürokratie ersparen.

2065

2066 **Mehr Informationen für Bürger und Ratsmitglieder**

2067 Die Kommunen müssen im digitalen Zeitalter ankommen. Informationen, die früher in
2068 Amtsblättern, Zeitungen oder an Rathaustafeln veröffentlicht wurden, sollen auch im
2069 Internet zugänglich sein. Zudem sollten Ratssitzungen unter Wahrung der
2070 Persönlichkeitsrechte der Beteiligten auch im Internet verfolgbar sein. Die Nutzung der
2071 neuen Medien zur formellen und informellen Bürgerbeteiligung wollen wir gesetzlich
2072 verankern.

2073

2074 Für die gute Arbeit der Ratsmitglieder ist eine umfassende und frühzeitige Information über
2075 Entwicklungen, Sachstand und rechtliche Rahmenbedingungen zentral. So müssen Anträge,
2076 über die entschieden werden soll, so frühzeitig (mind. 1 Woche vorher) den Mitgliedern
2077 zugehen, dass eine sachgerechte Beschäftigung mit der Sache gewährleistet ist. Die FDP
2078 setzt sich daher für die flächendeckende Einrichtung von Ratsinformationssystemen ein.

2079

2080 **Digitale Kommune**

2081 Digital vernetzte Dörfer und Städte steigern das Potenzial, welches das Leben in der
2082 Kommune bietet, erheblich. Einschränkungen und Hindernisse, die unseren Alltag
2083 behindern, können durch smarte, softwarebasierte Lösungen ausgeräumt werden. So kann
2084 jeder Mensch die Rahmenbedingungen vor Ort optimal nutzen und von diesen partizipieren.

2085 Wir Freien Demokraten fordern daher ein flächendeckendes Umdenken der kommunalen
2086 Entscheidungsträger, welches die Konzeptionierung von innovativen, vernetzten
2087 Zukunftsmodellen zur Folge hat. Die Grundvoraussetzung dafür ist die umgehende
2088 Anbindung jedes Haushalts an hochleistungsfähiges Internet.

2089

2090 **Konsequente Weiterentwicklung elektronischer Verwaltung**

2091 Im Sinne schlanker, bürgerfreundlicher Verwaltungen sollen Behördengänge zukünftig auch
2092 online erledigt werden können. Dies ist eine Chance zu Verwaltungsmodernisierung,
2093 Bürokratieabbau und Reduzierung von Verwaltungskosten. E-Government führt zu mehr
2094 Transparenz und aktiverer Teilnahme an kommunalen Entscheidungsprozessen und
2095 verstärkt das Bürgerinteresse am kommunalen Leben.

2096

2097 **Behördengänge digitalisieren und in allen Kommunen etablieren**

2098 Wir Freie Demokraten wollen, dass alle kommunalen Behördenangelegenheiten, die
2099 rechtlich keine persönliche Anwesenheit erfordern, online beantragt und bearbeitet werden
2100 können. Hierzu zählen vor allem Dienstleistungen wie Melde- und Bauangelegenheiten,
2101 Entsorgungsangelegenheiten, Kfz-Angelegenheiten etc. Durch die Inanspruchnahme digitaler
2102 Behördendienste, haben die Bürgerinnen und Bürger rund um die Uhr die Möglichkeit,
2103 Behördengänge online zu erledigen und sind nicht auf die Öffnungszeiten der Behörden
2104 angewiesen. Die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen eröffnet für betroffene
2105 Kommunen zudem die Möglichkeit, knappen personellen Ressourcen positiv
2106 entgegenzuwirken. Zahlreiche Kommunen und Kreise bieten bereits Online-Dienstleistungen
2107 an. Viele Bürger sind sich der Möglichkeit, Behördenangelegenheiten elektronisch erledigen
2108 zu können, noch nicht bewusst. Die zu schaffenden Angebote sollen in den Portalen des
2109 Landes und des Bundes gelistet werden. Gemeinden und Kreise sollten durch
2110 interkommunale Vereinbarungen gemeinsame interoperable Systeme nutzen. Dies führt
2111 auch dazu, dass kleine oder finanzschwache Kommunen, die keine IT-Spezialisten haben, die
2112 Systeme von Nachbarkommunen für sich nutzen können.

2113 Wir wollen die Nutzung neuer Technologien wie beispielsweise Blockchain in öffentlichen
2114 Registern, wie dem Grundbuch, Katasteramt oder dem Handelsregister einführen. Diese
2115 Register sind bereits jetzt öffentlich zugänglich, werden dezentral geführt und müssen

2116 nachvollziehbar rechtssicher geführt werden. In Rheinland-Pfalz sollen in Pilot-Kommunen
2117 diese Technologien eingeführt werden.

2118 Wir Freie Demokraten fordern darüber hinaus, dass alle Gebietskörperschaften kostenfreie
2119 WLAN-Hotspots in ihren Gebäuden zur Verfügung stellen.

2120

2121 **Mehr direkte Bürgerbeteiligung**

2122 Die FDP will die lebendige Bürgergesellschaft stärken und den Gegensatz zwischen
2123 parlamentarischem Repräsentativsystem und direkter Demokratie auflösen. Deshalb fordern
2124 wir mehr direkte Bürgerbeteiligung zur Herstellung von mehr Transparenz und Akzeptanz,
2125 um dadurch das Planungsverfahren zu beschleunigen.

2126

2127 Die Unterstützer von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden sollen
2128 sich nicht nur durch klassische Unterschriftensammlung in Unterschriftenlisten eintragen
2129 können, sondern die Verwaltung soll eine Internet-Plattform schaffen, auf der sich
2130 Unterstützer nach Registrierung eintragen können.

2131

2132 **Bürgernahe Justiz**

2133 Eine bürgernahe, bürgerfreundliche und effektive Justiz ist die Basis unseres Rechtsstaates.
2134 Jeder muss in der Lage sein, orts- und zeitnah und damit kostengünstig eine Entscheidung
2135 über seine rechtlichen Fragen zu erhalten. Das gilt insbesondere für die Leistungen der
2136 Amtsgerichte, etwa Erb-, Register- oder Vereinsangelegenheiten sowie - mit Blick auf die
2137 zunehmende Zahl von älteren Menschen – die hohe Zahl von Betreuungsverfahren. In
2138 manchen Angelegenheiten ist eine weitere Spezialisierung zu prüfen.

2139

2140 Zur Eindämmung von Jugendkriminalität sollen in allen Ballungsgebieten Häuser des
2141 Jugendrechts eingerichtet werden.

2142

2143 **Freigabe öffentlicher Daten**

2144 Wir Freie Demokraten fordern die Freigabe von öffentlichen Daten, die von kommunalen
2145 Stellen erhoben, verarbeitet und gespeichert werden. Die kommunalen
2146 Gebietskörperschaften verfügen über eine große Anzahl vielfältiger Datensätze mit
2147 wertvollen Informationen aus ihrem jeweiligen Gebiet. Zu nennen sind etwa exakte
2148 Standortdaten von Bushaltestellen, Sportstätten, Wertstoffsammelstellen sowie
2149 Informationen über Wasser- und Abwasserversorgung, Stromversorgung und vieles mehr.
2150 Damit kreative Köpfe daraus einen Mehrwert generieren können, sollen diese nützlichen
2151 Daten maschinenlesbar verfügbar gemacht werden, sofern es sich dabei nicht um
2152 personenbezogene Daten oder kritische Infrastrukturdaten handelt.

2153

2154 **Weniger regulieren**

2155 Neben vereinfachten Baugenehmigungsverfahren fordern wir auch, dass die Politik bei
2156 Wohnungsbauprojekten sich bei der Forderung nach zwingend zu berücksichtigenden
2157 starren Quoten von sozial verträglichen Wohnungen zurückhält. Denn je höher der Anteil an
2158 Wohnungen zu sozial verträglichen Mieten, desto mehr Wohnungen wird der Bauträger im
2159 Hochpreissegment zur Kompensation errichten müssen. Dies wiederum führt zu einer
2160 unverhältnismäßigen Verknappung des Wohnungsangebots für die Bezieher mittlerer
2161 Haushaltseinkommen.

2162

2163 Auf allen Ebenen müssen Vorgaben und Vorschriften überprüft werden, die die Baukosten
2164 und damit die Mieten kontinuierlich in die Höhe treiben. Offenheit gegenüber der Technik
2165 soll Innovationen unterstützen, keine Festsetzungen vornehmen und stets die
2166 primärenergetische Betrachtung insgesamt in den Fokus stellen.

2167

2168 **Verschlinkung der Verwaltung**

2169 Bürgergänge sollten digital absolvierbar sein können. Die Anlässe eines Behördenganges
2170 sind vielfältig und gleichermaßen groß ist die Vielfalt der Behörden und Ämter. Hier lassen
2171 sich mit der Online-Verfügbarkeit von Formularen und Anträgen sowie der Online-
2172 Terminvergabe Wege sparen, die letztendlich neben der Zeitersparnis auch die
2173 Verkehrssituation und damit die Umwelt entlasten. Darüber hinaus sollte es nicht nur
2174 möglich sein, Dokumente von der Behörde zu erhalten, sondern auch auf diesem Wege
2175 auszufüllen und einzureichen. Im Sinne einer schnellen Abwicklung sollten hier auch
2176 einfache Kopien der einzureichenden Dokumente, wie Fotografien oder Scans, möglich sein,
2177 soweit diese nachträglich authentifiziert werden. Dazu notwendig ist ein sicheres
2178 Authentifizierungsverfahren, das Missbrauch und Dokumentenfälschung entgegenwirkt.
2179 Dokumente, die bei einer Behörde einzuholen und bei einer anderen einzureichen sind, wie
2180 beispielsweise Geburtsurkunden, sollten in einem standardisierten Verfahren für den Bürger
2181 online einzuholen und auch weiterzureichen sein.

2182

2183 Die behördliche Verwaltung ist kein Selbstzweck, sondern muss sich ihrer Haltung als
2184 Dienstleister am Bürger bewusst sein und entsprechend den Service für die Bürgerinnen und
2185 Bürger durch eine bürgerfreundliche Erreichbarkeit gewährleisten. Dazu zählt jedoch auch,
2186 die Daten der Bürgerinnen und Bürger als Eigentum dieser anzusehen und diese nicht
2187 ungefragt auszutauschen.

2188

2189 **Mobilität und Nahversorgung:**

2190 Durch anwendungsfreundliche Informations- und Kommunikationstechnologien werden die
2191 individuelle Mobilität und der der Zugang zur Nahversorgung verbessert. So fordern wir
2192 Freien Demokraten die Planung und Umsetzung lokaler Apps, durch welche sich
2193 beispielsweise Mitfahrgelegenheiten oder ein Überblick über die Angebote der regionalen
2194 Einzelhändler organisieren lassen.

2195

2196 **Öffentliches WLAN**

2197 Wir Freien Demokraten wollen mit voller Geschwindigkeit den Ausbau von freiem WLAN in
2198 öffentlichen Gebäuden und dem Schienenpersonenverkehr vorantreiben.